

**RHEINLAND-PFALZ
KANN MEHR.
PACKEN WIR'S AN.**

**WAHLPROGRAMM
DER FREIE WÄHLER RHEINLAND-PFALZ
FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2026
IN EINFACHER SPRACHE**



Präambel

Rheinland-Pfalz steht vor wichtigen Entscheidungen. Viele Menschen werden älter. Unsere Wirtschaft hat Probleme. Schulen sind nicht mehr so gut wie früher.

Das ist für unser Land eine große Aufgabe. Viele Menschen fragen sich deshalb: Funktioniert der Staat noch gut? Hält unsere Gesellschaft zusammen? Kann man der Politik noch vertrauen?

Die FREIEN WÄHLER Rheinland-Pfalz wollen darauf Antworten geben. Unsere Politik ist vernünftig und bodenständig. Unser Leitsatz heißt: **Lösungen statt Ideologien.**

Wir machen Politik mit klarem Blick auf die Wirklichkeit. Wir sind unabhängig. Wir kommen aus den Städten und Gemeinden. Wir lassen uns nicht von Parteien von oben vorschreiben, was wir zu tun haben.

Unser Ziel ist klar: Die Menschen sollen gut leben können. Die Freiheit jedes Einzelnen soll geschützt werden. Unsere Kinder sollen in einem starken und lebenswerten Rheinland-Pfalz aufwachsen.

Dieses Programm ist für alle Menschen gedacht, die unser Land mitgestalten wollen.

Wir laden Sie ein: Machen Sie mit uns Rheinland-Pfalz besser. Geben Sie uns Ihre Stimme.

Für ein Land, das Chancen schafft, die Freiheit schützt und wieder auf den richtigen Weg kommt.

Inhalt

A	Effektiver regieren, Recht und Sicherheit stärken.....	5
A.1	Umfangreiche durchgreifende Reformen	5
A.2	Sicherheit verbessern.....	6
A.3	Justiz stärken – fair, schnell und nah.....	7
A.4	Organisierte Kriminalität systematisch bekämpfen.....	8
A.5	Kinderschutz stärken.....	9
A.6	Demokratie innovativ gestalten	10
A.7	Extremismus vorbeugen – Freiheit durch Aufklärung schützen.....	12
B	Bildung und Digitalisierung	13
B.1	Digitale Infrastruktur	13
B.2	Frühkindliche Bildung und Übergänge	14
B.3	Chancengleichheit und individuelle Förderung.....	15
B.4	Strukturreform und Organisationsentwicklung.....	16
B.5	Ausstattung, Räume und Technologie.....	17
B.6	Personal, Lehrkräfte und Schulqualität.....	18
B.7	Übergänge in Ausbildung, Handwerk und Studium	20
B.8	Vernetzung mit Wirtschaft und regionaler Entwicklung.....	21
C	Gesundheit, Pflege und Soziales	22
C.1	Medizinische Versorgung sichern – Ärzte fördern	22
C.2	Sofortmaßnahmen zum Systemerhalt	23
C.3	Ärzte entlasten, Heilmittelerbringer stärken.....	24
C.4	Geburtshilfe sichern – Hebammen stärken	25
C.5	Pflege stärken und alternative Wohnformen fördern	26
C.6	Prävention, Alternsforschung und Gero-Medizin	28
C.7	Wohnen ist soziale Gerechtigkeit	29

C.8	Bauen erleichtern statt verhindern.....	30
C.9	Familienpolitik mit Maß und Verantwortung.....	31
D	Wirtschaft, Mittelstand und Arbeit	33
D.1	Gründungsstart erleichtern – einfach, digital, fair	34
D.2	Vergaberecht reformieren.....	36
D.3	Handwerk und Mittelstand stärken	37
D.4	Technologieförderung stärken – Zukunft sichern.....	39
D.5	Wirtschaftsstandort sichern – für eine Zukunft in Rheinland-Pfalz	40
E	Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Weinbau	43
E.1	Bäuerliche Landwirtschaft und Flächensicherung	43
E.2	Regionale Lebensmittelversorgung stärken	44
E.3	Faire Marktbedingungen schaffen	45
E.4	Bürokratie abbauen	45
E.5	Weidetierhaltung schützen - Wolfspopulation regulieren.....	46
E.6	Praxistauglicher Pflanzenschutz und Düngung	46
E.7	Vielfalt der Landwirtschaft und neue Geschäftsfelder	47
E.8	Nachhaltiger Wald und Weinbau	48
F	Kommunen, Finanzen und Demokratie	49
F.1	Kommunale Finanzen reformieren – Handlungsfähigkeit sichern	49
F.2	Straßenausbaubeuräge abschaffen – Bürger entlasten, Gerechtigkeit schaffen	51
F.3	Bürokratieabbau und Digitalisierung in der Kommune	53
F.4	Sportland Rheinland-Pfalz – Bewegung fördern, Ehrenamt stärken	55
G	Umwelt, Energie und Infrastruktur	57
G.1	Gemeinsam für den Schutz unserer Flora und Fauna.....	57
G.2	Umweltschutz mit Vernunft.....	59

G.3	Energiepolitik: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Technologieoffenheit	60
G.4	Mobilität und Verkehr.....	62
G.5	Infrastruktur und Digitalisierung.....	65
G.6	Forschung und Innovation.....	66
H	Wissenschaft, Forschung und Hochschule.....	67
H.1	Hochschulstandorte sichern und ausbauen	68
H.2	Forschungsförderung und Transfer	70
H.3	Wissenschaftsfreiheit und Nachwuchsförderung.....	70
H.4	Kooperationen und lebenslanges Lernen.....	71
I	Kultur und Heimatpflege	72
I.1	Kultur für alle	73
I.2	Kulturförderung.....	74
I.3	Ehrenamtliches Engagement belohnen.....	76
I.4	Kreativwirtschaft und neue Medien	76
I.5	Denkmalschutz und traditionelle Kultur	77
J	Europa und internationale Zusammenarbeit.....	78
J.1	Subsidiarität und Demokratie	79
J.2	Faires Europa der Wirtschaft und Innovation	80
J.3	Grenzregion stärken – Wohlstand, Freiheit und Sicherheit in der Großregion	81
J.4	Subsidiarität statt Überregulierung	83
K	Migration, Integration und Zusammenhalt	85
K.1	Rückführungen konsequent durchsetzen – Ausreisepflicht gilt	87
K.2	Ausreisepflicht muss durchgesetzt werden	88
K.3	Spurwechsel für echte Integrationsleistung – rechtspolitische Forderung..	90
K.4	Kommunale Entlastung durch Koordination und Effizienz.....	91

K.5	Integration für Bleibeberechtigte – Fordern und Fördern.....	93
K.6	Rechtliche Richtschnur: Grundgesetz und Europarecht.....	95
L	Zusammenfassung und Ausblick.....	96

A Effektiver regieren, Recht und Sicherheit stärken

A.1 Umfangreiche durchgreifende Reformen

Der Staat soll für die Menschen da sein.

Das ist heute oft nicht so.

Viele Wege sind zu lang.

Viele Regeln sind unklar.

Es gibt zu viele Formulare.

Das wollen wir ändern.

Die FREIEN WÄHLER wollen einen Staat, der hilft.

Nicht einen Staat, der aufhält.

Rheinland-Pfalz braucht eine Verwaltung, die einfach arbeitet.

Die Menschen sollen verstehen, wer zuständig ist.

Und was sie tun müssen.

Entscheidungen sollen schneller kommen.

Darum wollen wir die Verwaltung neu ordnen.

Es soll weniger Ministerien geben.

Aufgaben sollen klar verteilt sein.

Was zusammengehört, soll auch zusammen bearbeitet werden.

Zum Beispiel Bildung und Wissenschaft.

Oder Umwelt und Landwirtschaft.

So wird vieles einfacher.

Es gibt weniger Reibung.

Und weniger Verzögerung.

Ein wichtiger Punkt ist die Digitalisierung.

Sie soll den Alltag leichter machen.

Nicht komplizierter.

Menschen sollen Behördengänge online erledigen können.

Einfach.

Sicher.

Ohne lange Wartezeiten.

Die Verwaltung soll so arbeiten, wie Menschen heute leben.

Klar.

Zuverlässig.

Und verständlich.

Wir wollen neue digitale Wege nutzen.

Moderne Technik kann dabei helfen.

Aufgaben sollen einfacher werden.

Dann braucht es weniger Bürokratie.

Der Staat kann dann schneller handeln.

Er kostet weniger Geld.

Und er funktioniert besser.

Für alle Menschen.

A.2 Sicherheit verbessern

Sicherheit ist wichtig für ein gutes Zusammenleben.

Nur wer sich sicher fühlt, kann frei leben.

Die FREIEN WÄHLER wollen, dass Rheinland-Pfalz wieder ein sicheres Land ist.

Ein Land, in dem sich alle Menschen sicher fühlen.

Auf dem Schulweg.

Im Bus.

Oder beim Spaziergang.

Dafür muss die Polizei gut sichtbar sein.

Besonders im ländlichen Raum.

Polizistinnen und Polizisten brauchen moderne Ausstattung.

Dazu gehören gute Fahrzeuge.

Gute Schutzausrüstung.

Und moderne digitale Technik.

Auch die Dienstgebäude müssen in gutem Zustand sein.

Sicherheit beginnt aber nicht erst beim Einsatz.

Sicherheit beginnt mit Respekt.

Und mit Anerkennung.

Wer viel Verantwortung trägt, muss fair bezahlt werden.

Wenn die Belastung steigt, darf die Bezahlung nicht zurückbleiben.

Das gilt für die Polizei.

Für die Justiz.

Und für alle Einsatzkräfte im öffentlichen Dienst.

Rheinland-Pfalz muss als Arbeitgeber attraktiv sein.

Auch für junge Menschen, die hier arbeiten wollen.

In vielen Bundesländern sind Beamte und Polizisten schlechter gestellt als anderswo.

Das wollen wir ändern.

Eine gute Sicherheitspolitik heißt für uns auch:

Respekt für die Menschen, die täglich für unsere Sicherheit sorgen.

Offene Arbeit.

Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern.

Und starke, verlässliche Einrichtungen.

Das gehört zusammen.

Darum setzen sich die FREIEN WÄHLER für ausreichend Personal ein.

Unser Ziel sind 11.000 Vollzeitstellen im Sicherheitsbereich.

A.3 Justiz stärken – fair, schnell und nah

Ein guter Rechtsstaat braucht mehr als gute Gesetze.

Er braucht Menschen, die diese Gesetze umsetzen.

Mit Verantwortung.

Und mit Überzeugung.

In Rheinland-Pfalz fehlen viele Richterinnen und Richter.

In manchen Gerichtsbezirken sind viele Stellen unbesetzt.

Das führt zu langen Verfahren.

Und zu Wartezeiten für die Menschen.

Das schadet dem Vertrauen in den Rechtsstaat.

Das wollen wir ändern.

Die FREIEN WÄHLER fordern eine starke Justiz.
Gerichte und Staatsanwaltschaften brauchen mehr Personal.
Verfahren müssen schneller abgeschlossen werden.

Wir wollen die Gerichte auch entlasten.
Nicht jeder Streit muss vor Gericht enden.

Darum wollen wir andere Wege zur Lösung von Konflikten stärken.
Zum Beispiel durch Schlichtung oder Mediation.
Auch eine gute, bürgerliche Rechtsberatung ist wichtig.
So können einfache Probleme früh gelöst werden.

Rechtsstaat heißt aber noch mehr.
Opfer und Zeugen brauchen besseren Schutz.
Alle Menschen müssen Zugang zum Recht haben.
Egal, wie viel Geld sie haben.
Und egal, wo sie leben.
Nur so entsteht Vertrauen.
Und nur so bleibt der Rechtsstaat stark.

A.4 Organisierte Kriminalität systematisch bekämpfen

Organisierte Kriminalität gibt es nicht nur in großen Städten.
Sie ist auch auf dem Land angekommen.
Zum Beispiel durch Drogenhandel.
Durch Betrug im Internet.
Durch Geldwäsche.
Oder durch viele Einbrüche.

Hinter diesen Taten stehen oft gut organisierte Gruppen.
Sie nutzen Schwächen des Staates aus.
Das darf Rheinland-Pfalz nicht zulassen.

Die FREIEN WÄHLER wollen entschieden dagegen vorgehen.
Wir fordern eine landesweite Offensive gegen organisierte Kriminalität.
Dazu gehören besondere Staatsanwaltschaften, die sich nur mit solchen Fällen befassen.
Diese Stellen müssen gut ausgestattet sein.

Mit genug Personal.

Und mit moderner Technik.

Ermittlerinnen und Ermittler brauchen gute digitale Werkzeuge.

Sie müssen Spuren im Internet auswerten können.

Und mit Behörden aus anderen Ländern zusammenarbeiten.

So können Täter nicht einfach verschwinden.

Ein wichtiger Punkt ist auch das Geld aus Verbrechen.

Wer durch Kriminalität reich wird, soll dieses Geld verlieren.

Schnell.

Und konsequent.

Polizei, Justiz und Finanzbehörden müssen eng zusammenarbeiten.

Informationen dürfen nicht verloren gehen.

Sie müssen dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

Organisierte Kriminalität betrifft uns alle.

Sie gefährdet die Sicherheit.

Sie schadet der Wirtschaft.

Und sie schwächt das Vertrauen in den Staat.

Darum braucht Rheinland-Pfalz eine Polizei und eine Justiz, die aktiv handeln.

Nicht erst, wenn es zu spät ist.

Unser Ziel ist klar:

Keine rechtsfreien Räume.

Keine geschützten Tätergruppen.

Ein Staat, der früh eingreift und konsequent handelt.

A.5 Kinderschutz stärken

Kinder und Jugendliche brauchen besonderen Schutz.

Vor allem dann, wenn sie Gewalt oder Missbrauch erlebt haben.

Die FREIEN WÄHLER Rheinland-Pfalz wollen diese Kinder besser schützen.

Darum setzen wir uns für sogenannte Childhouses ein.

Das sind besondere Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche.

Sie sind kindgerecht gestaltet.

Und sie helfen schnell und gemeinsam.

In einem Childhouse arbeiten verschiedene Stellen zusammen.

Zum Beispiel Polizei, Jugendhilfe, Ärztinnen und Ärzte und die Justiz.

Alle sind an einem Ort.

So müssen betroffene Kinder ihre Geschichte nicht immer wieder erzählen.

Das schützt sie vor zusätzlicher Belastung.

Childhouses können in bestehende Strukturen eingebaut werden.

Es braucht dafür keine neuen Behörden.

Das Land muss diese Einrichtungen unterstützen.

Mit Geld.

Und mit klaren Regeln.

So gibt es überall die gleiche gute Qualität.

So wird der besondere Schutz von Kindern und Jugendlichen ernst genommen.

Und jungen Opfern wird geholfen.

A.6 Demokratie innovativ gestalten

Die FREIEN WÄHLER wollen Politik gemeinsam mit den Menschen machen.

Nicht über ihre Köpfe hinweg.

Sondern zusammen mit ihnen.

Rheinland-Pfalz braucht mehr Mitbestimmung.

Menschen sollen sich besser einbringen können.

Nicht nur bei Wahlen.

Sondern auch dazwischen.

In der Landesverfassung gibt es zwar Möglichkeiten für direkte Beteiligung.

Zum Beispiel eine Volksinitiative.

Doch in der Praxis sind diese Wege sehr schwer.

Die Hürden sind zu hoch.

Darum waren Volksbegehren bisher kaum erfolgreich.

Das wollen wir ändern.

Die FREIEN WÄHLER schlagen ein neues Modell vor.
Ein Modell, das direkte Demokratie wirklich möglich macht.

Bürgerinnen und Bürger sollen sich einfach beteiligen können.
Auch digital.
Über ein Landesportal.

Dort soll jede Person eine Online-Volksinitiative starten können.
Mit einer eigenen Idee.
Oder mit einem Vorschlag für ein Gesetz.

Wenn 100.000 Menschen eine Initiative unterstützen,
muss sich der Landtag damit befassen.
Innerhalb von drei Monaten.

Kommt es zu keiner Entscheidung,
folgt der nächste Schritt.
Dann gibt es eine landesweite digitale Unterschriftensammlung.

Wenn genug Menschen mitmachen,
kommt es zu einem Volksentscheid.

So wird Mitbestimmung einfach.
Nachvollziehbar.
Und wirksam.

Auch die Verwaltung hat dabei eine Aufgabe.
Sie muss informieren.
Und unterstützen.
Menschen sollen nicht gegen Behörden kämpfen müssen.

So stärken wir Demokratie von unten.
Wir schaffen mehr Vertrauen.
Und bringen politische Entscheidungen näher zu den Menschen.
In der Stadt.
Und auf dem Land.

A.7 Extremismus vorbeugen – Freiheit durch Aufklärung schützen

Die FREIEN WÄHLER stehen für eine offene Gesellschaft.

Eine Gesellschaft, in der Freiheit und Grundrechte gelebt werden.

Nicht nur auf dem Papier.

Wir bekennen uns klar zur Demokratie.

Zur freiheitlichen Ordnung unseres Landes.

Und wir lehnen jede Form von Extremismus ab.

Egal, ob er religiös, politisch oder ideologisch begründet ist.

Gegen Extremismus hilft vor allem Vorbeugung.

Das heißt: politische Bildung.

Ehrliche Informationen.

Und der Mut, miteinander zu diskutieren.

Prävention bedeutet nicht, Menschen zu kontrollieren.

Sondern sie zu stärken.

Wir wollen, dass Menschen in Rheinland-Pfalz offen sprechen können.

Ohne Angst vor Ausgrenzung.

Und ohne staatliche Bevormundung.

Demokratie lebt von unterschiedlichen Meinungen.

Nicht von Überwachung.

Der Staat soll die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger schützen.

Nicht sie einschränken.

Offene Gespräche sind wichtig.

Kritisches Denken gehört dazu.

Und auch der Widerspruch.

Nur so bleibt unsere Gesellschaft frei.

Und nur so bleibt Demokratie stark und lebendig.

B Bildung und Digitalisierung

B.1 Digitale Infrastruktur

Die FREIEN WÄHLER wollen die Digitalisierung in Rheinland-Pfalz weiter voranbringen.

Digitale Aufgaben sollen klar geregelt sein.

Es muss deutlich sein, wer verantwortlich ist.

Und was erreicht werden soll.

Digitalisierung darf kein Randthema sein.

Sie muss gut geplant werden.

Und für die Menschen spürbare Verbesserungen bringen.

Unser Ziel ist eine Verwaltung, die einfach funktioniert.

Anträge sollen online gestellt werden können.

Dokumente sollen digital verfügbar sein.

Termine sollen ohne Papier und lange Wartezeiten möglich sein.

Rheinland-Pfalz soll hier Vorbild werden.

Dazu braucht es schnelles Internet.

Glasfaser in allen Regionen.

Guten Mobilfunk ohne Funklöcher.

Auch auf dem Land.

Wichtig sind auch sichere Rechenzentren.

Sie sollen in der Europäischen Union stehen.

Damit Daten gut geschützt sind.

Künstliche Intelligenz sehen wir als Chance.

Sie kann helfen, den Alltag zu erleichtern.

In der Schule.

In der Verwaltung.

Und in der Wirtschaft.

Kinder und Jugendliche sollen lernen, mit digitaler Technik umzugehen.

Die Verwaltung soll neue Technik sinnvoll einsetzen.

Dabei stehen die Menschen immer im Mittelpunkt.

So stärken wir die Zukunft unseres Landes.
Wir entlasten die Menschen im Alltag.
Und sorgen dafür, dass alle teilhaben können.

Digitalisierung ist kein Selbstzweck.
Sie ist ein wichtiger Schritt
für ein modernes und leistungsfähiges Rheinland-Pfalz.

B.2 Frühkindliche Bildung und Übergänge

Bildung beginnt nicht erst in der Schule.

Sie beginnt schon in der Kita.

Die FREIEN WÄHLER wollen bessere Bedingungen in den Kitas.

Gruppen sollen kleiner sein.

Es soll mehr Fachkräfte geben.

Und die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern soll gestärkt werden.

Der Übergang von der Kita in die Grundschule ist besonders wichtig.

Kinder brauchen dabei Unterstützung.

Darum wollen wir feste Zusammenarbeit zwischen Kitas, Schulen und Eltern.

Alle sollen gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Sprache und soziale Fähigkeiten sind sehr wichtig.

Sie helfen Kindern, gut in der Schule anzukommen.

Darum setzen wir uns für zusätzliche Förderung ein.

Wir wollen ein Basisschuljahr einführen.

Dieses Jahr soll Kinder gut auf die Schule vorbereiten.

Außerdem wollen wir das Programm „Sprach-Kitas“ wieder einführen.

Alle Kitas sollen davon profitieren können.

Das Land soll die Finanzierung dauerhaft sichern.

So bekommen alle Kinder die gleichen Chancen.

Von Anfang an.

B.3 Chancengleichheit und individuelle Förderung

Bildung beginnt mit den Grundlagen.

Ohne sie geht nichts.

Lesen, Schreiben und Rechnen sind sehr wichtig.

Jedes Kind braucht diese Fähigkeiten.

Egal, wo es herkommt.

Egal, wie viel Geld die Familie hat.

Wer diese Grundlagen nicht sicher kann,

hat es später schwer.

In der Schule.

In der Ausbildung.

Und im Beruf.

Darum sagen die FREIEN WÄHLER klar:

Kein Kind soll die Grundschule verlassen,

ohne lesen, schreiben und rechnen zu können.

Kinder, die noch wenig oder kein Deutsch sprechen,

brauchen besondere Unterstützung.

Darum wollen wir Intensivklassen einführen.

Dort sollen diese Kinder gezielt und intensiv lernen.

So bekommen sie eine echte Chance.

Wir stehen für gleiche Chancen durch Leistung.

Nicht alle Kinder sind gleich.

Und das ist gut so.

Manche Kinder lernen sehr schnell.

Sie sollen gefördert werden.

Andere brauchen mehr Hilfe.

Sie sollen Unterstützung bekommen.

Alle Kinder brauchen klare Regeln.

Verlässliche Strukturen.

Und gute Unterrichtsstandards.

Dafür braucht es genug Lehrkräfte.

Wir wollen eine sehr gute Unterrichtsversorgung.

So kann Unterrichtsausfall vermieden werden.

Und alle Kinder bekommen faire Chancen.

Schule soll ein Ort des Lernens sein.

Kein Ort für ständige Experimente.

Ganztagschulen, Förderangebote und Schulsozialarbeit können helfen.

Aber sie dürfen den Unterricht nicht ersetzen.

Guter Unterricht steht immer im Mittelpunkt.

Unterrichtsausfall, fehlende Grundlagen

und zu geringe Anforderungen sind ungerecht.

Das trifft besonders Kinder aus schwierigen Verhältnissen.

Bildung heißt für uns:

Grundlagen stärken.

Leistung anerkennen.

Kinder befähigen, ihr Leben selbst zu gestalten.

Und eines ist für uns klar:

Bei Kitas und Schulen wird nicht gespart.

Auch dann nicht, wenn Geld knapp ist.

B.4 Strukturreform und Organisationsentwicklung

Unser Bildungssystem hat große Probleme.

Es gibt zu viel Bürokratie.

Zuständigkeiten sind oft unklar.

Und Schulen haben zu wenig Spielraum.

Studien und Tests zeigen das deutlich.

Das Bildungsniveau in Rheinland-Pfalz ist gesunken.

Viele Kinder erreichen nicht einmal die Mindeststandards.

Im Vergleich mit anderen Ländern liegt Rheinland-Pfalz nur im Mittelfeld.

Das wollen die FREIEN WÄHLER ändern.

Wir fordern eine grundlegende Reform der Schulstrukturen.

Schulen sollen mehr Verantwortung bekommen.

Sie sollen vor Ort entscheiden können.

Zum Beispiel über den Einsatz von Geld und Personal.

Die Schulaufsicht soll einfacher werden.

Doppelte Strukturen sollen abgebaut werden.

So bleibt mehr Zeit für das, worauf es ankommt: guten Unterricht.

Wir setzen auf klare und hohe Leistungsstandards.

Diese sollen für alle Schulen im Land gelten.

Unterricht soll sich wieder stärker an Fachwissen orientieren.

Nicht an wechselnden Ideologien.

Wenn Leistungen schlechter werden,

muss rechtzeitig gegengesteuert werden.

Dabei ist eines besonders wichtig:

Schule darf kein Experimentierfeld sein.

Kinder brauchen Verlässlichkeit.

Und stabile Rahmenbedingungen.

Mit dieser Reform wollen wir das Bildungssystem stärken.

Leistungsfähig.

Gerecht.

Und gut vorbereitet für die Zukunft.

B.5 Ausstattung, Räume und Technologie

Viele Schulen in Rheinland-Pfalz sind in einem schlechten Zustand.

Gebäude sind alt und sanierungsbedürftig.

Fachräume fehlen.

Die digitale Ausstattung reicht oft nicht aus.

Viele Schulgebäude entsprechen nicht mehr heutigen Standards.

Sie sind schlecht gedämmt.

Die Heizungen sind veraltet.

Und oft gibt es keine gute Lüftung.

Zwar wurde Geld für Schulbau bereitgestellt.

Aber das reicht bei weitem nicht aus.

Der Sanierungsbedarf ist sehr groß.

Darum muss der Schulbau endlich Vorrang haben.

Schulen brauchen feste Pläne für Reparaturen und Erneuerung.

Schulträger müssen einbezogen werden.

Land und Bund müssen die Finanzierung verlässlich sichern.

Jede Schule braucht gutes Internet.

Schnelles WLAN.

Moderne Geräte.

Und sinnvolle Lernprogramme.

Wir setzen uns für Glasfaseranschlüsse an allen Schulen ein.

Und für stabile WLAN-Netze in allen Gebäuden.

Außerdem brauchen Schulen gute IT-Unterstützung.

Lehrkräfte sollen unterrichten können.

Nicht ständig technische Probleme lösen müssen.

So schaffen wir gute Lernbedingungen.

Für Kinder.

Für Jugendliche.

Und für eine starke Zukunft.

B.6 Personal, Lehrkräfte und Schulqualität

In ganz Deutschland fehlen Lehrkräfte.

Auch in Rheinland-Pfalz.

Darum arbeiten immer mehr Menschen ohne klassisches Lehramtsstudium an Schulen.

Das ist Realität.

Für die FREIEN WÄHLER ist dabei wichtig:

Der Einstieg in den Beruf muss gut begleitet werden.

Neue Lehrkräfte brauchen Unterstützung.

Wir wollen eine gute pädagogische Nachqualifizierung.

Im ersten Jahr soll es feste Ansprechpersonen geben.

Und weniger Pflichtstunden.

So können neue Lehrkräfte gut ankommen.

Außerdem muss die Verbeamtung schneller gehen.

Und es darf weniger Hürden geben.

Zum Beispiel bei Altersgrenzen.

Sonst wechseln viele in andere Bundesländer.

Oder arbeiten nur im Tarif.

Das ist ein Nachteil für Rheinland-Pfalz.

Leistung muss sich im Schuldienst lohnen.

Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben brauchen Anerkennung.

Zum Beispiel für Klassenleitungen.

Oder für Inklusion.

Auch Fächer mit großem Mangel sollen besser bezahlt werden.

Lehrkräfte müssen entlastet werden.

Weniger Bürokratie.

Mehr digitale Verwaltung.

Weniger Papier.

Auch tarifbeschäftigte Lehrkräfte sollen fair bezahlt werden.

Zulagen sollen den Unterschied zu Beamten kleiner machen.

Guter Unterricht braucht klare Standards.

Und regelmäßige Fortbildungen.

Besonders wichtig sind Lesen, Schreiben und Rechnen.

Auch digitale Methoden gehören dazu.

Moderne Technik kann helfen.

Auch künstliche Intelligenz.

Aber nur als Unterstützung.

Nicht als Ersatz für Lernen und Leistung.

Am Ende zählt, was im Klassenzimmer ankommt.

Verlässlicher Unterricht.

Wenig Ausfall.

Klare Regeln.

Und Förderung für alle Kinder.

Für starke.

Und für schwächere.

Außerdem fordern wir Schulgesundheitsfachkräfte.

An allen Grundschulen in Rheinland-Pfalz.

Sie kümmern sich um die Gesundheit der Kinder.

Sie entlasten Lehrkräfte.

Und sie helfen, gleiche Chancen zu schaffen.

So stärken wir Schule.

Und machen Bildung fair und zukunftsfähig.

B.7 Übergänge in Ausbildung, Handwerk und Studium

Der Weg von der Schule in den Beruf ist für viele junge Menschen nicht leicht.

Viele wissen nicht, welchen Beruf sie erlernen wollen.

Oder welche Möglichkeiten es gibt.

Die FREIEN WÄHLER wollen dabei helfen.

Darum setzen wir uns für bessere Berufsorientierung ein.

Diese soll früh beginnen.

Schon ab der 7. Klasse.

Schülerinnen und Schüler sollen verschiedene Berufe kennenlernen.

Zum Beispiel durch Praktika.

Oder durch Besuche in Betrieben.

Später sollen auch Hochschulen eingebunden werden.

So lernen junge Menschen früh ihre Möglichkeiten kennen.

Besonders wichtig ist uns die Förderung von Talenten.

Vor allem in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

Wir stehen für ein Bildungssystem mit vielen Wegen.

Niemand soll festgelegt werden.

Darum wollen wir duale Studiengänge ausbauen.
Sie verbinden Ausbildung und Studium.
So können junge Menschen einen Beruf lernen
und gleichzeitig einen Hochschulabschluss machen.

Das schafft Chancen.
Und hilft beim guten Start ins Berufsleben.

B.8 Vernetzung mit Wirtschaft und regionaler Entwicklung

Schule und Wirtschaft arbeiten oft zu wenig zusammen.
Dabei gibt es in Rheinland-Pfalz schon gute Angebote.
Zum Beispiel Netzwerke zur Berufsorientierung.
Doch sie sind oft zu klein.
Und nicht gut miteinander verbunden.

Viele Schulen finden nur schwer passende Betriebe.
Gleichzeitig suchen Handwerksbetriebe und Unternehmen dringend Auszubildende.
Diese Lücke wollen die FREIEN WÄHLER schließen.

Wir wollen bestehende Programme weiterentwickeln.
Nicht immer neue Projekte starten.
Es braucht klare Zuständigkeiten.
Eine feste Koordination im Land.
Und eine verlässliche Finanzierung.

Alle Schulen sollen die Möglichkeit haben,
fest mit Betrieben zusammenzuarbeiten.

Mit Handwerk.
Mit regionalen Unternehmen.

Und mit den Kammern.

Berufsorientierung muss früh beginnen.
Und fest im Unterricht verankert sein.
Sie soll praxisnah sein.
Zum Beispiel durch Praxistage.
Betriebsbesuche.

Mentoring.

Und regionale Ausbildungscamps.

Auch digitale Angebote sind wichtig.

Ausbildungsbörsen sollen landesweit ausgebaut werden.

Und gut vernetzt sein.

So finden Jugendliche und Betriebe schneller zueinander.

So entsteht eine starke Verbindung zwischen Schule und Beruf.

Junge Menschen bekommen Orientierung.

Und Betriebe finden Nachwuchs.

C Gesundheit, Pflege und Soziales

C.1 Medizinische Versorgung sichern – Ärzte fördern

In Rheinland-Pfalz gibt es immer weniger Ärztinnen und Ärzte.

Viele von ihnen sind bereits älter.

Ein großer Teil ist über 50 Jahre alt.

Viele arbeiten sogar noch über das Rentenalter hinaus,
weil sonst Lücken entstehen würden.

Gleichzeitig fehlen viele Hausärztinnen und Hausärzte.

Besonders auf dem Land.

Das macht die medizinische Versorgung schwieriger.

Die FREIEN WÄHLER wollen das ändern.

Wir fordern mehr Studienplätze für Medizin.

Vor allem für die Allgemeinmedizin.

Und für die hausärztliche Versorgung.

Dabei soll es eine stärkere Landarztregelung geben.

Junge Menschen, die später auf dem Land arbeiten wollen,
sollen leichter einen Studienplatz bekommen.

So sichern wir die Versorgung in ländlichen Regionen.

Auch das Medizinstudium selbst muss verbessert werden.

Es soll praxisnäher sein.

Mit mehr Zeit für die Arbeit mit Patientinnen und Patienten.

Und weniger unnötigen Pflichtinhalten.

Das Studium soll nicht länger dauern als nötig.

So können junge Ärztinnen und Ärzte schneller in den Beruf starten.

Außerdem wollen wir Krankenhäuser in der Nähe stärken.

Nicht alles soll in großen Kliniken zusammengefasst werden.

Menschen brauchen medizinische Versorgung vor Ort.

Die Kosten für Krankenhäuser müssen fair übernommen werden.

Land und Bund sollen ausreichend finanzieren.

Die Bezahlung muss den echten Aufwand widerspiegeln.

So sichern wir eine gute medizinische Versorgung.

In der Stadt.

Und auf dem Land.

C.2 Sofortmaßnahmen zum Systemerhalt

Das Gesundheitssystem steht unter großem Druck.

Es fehlen Ärztinnen und Ärzte.

Viele Kliniken sind überlastet.

Es gibt zu viel Bürokratie.

Und die Kosten steigen.

Das gefährdet die medizinische Versorgung vor Ort.

Besonders für Menschen auf dem Land.

Die FREIEN WÄHLER wollen schnell handeln.

Darum fordern wir gemeinsame Maßnahmen auf Bundesebene.

Rheinland-Pfalz muss handlungsfähig bleiben.

Krankenhäuser müssen ihre Kosten decken können.

Die derzeitige Bezahlung reicht oft nicht aus.

Gerade kleinere Kliniken sind gefährdet.

Das wollen wir ändern.

Die Regeln für die Finanzierung müssen angepasst werden.

So können Kliniken bestehen bleiben.

Und Ausbildungsplätze gesichert werden.

Auch ambulante Leistungen müssen fair bezahlt werden.

Wer ausbildet, darf dabei kein Geld verlieren.

Weiterbildung in wichtigen Gesundheitsberufen muss besser unterstützt werden.

Zu viel Bürokratie nimmt Zeit weg.

Zeit, die für Patientinnen und Patienten fehlt.

Darum wollen wir Dokumentationspflichten reduzieren.

Krankenkassenstrukturen sollen einfacher werden.

Regelungen, deren Nutzen nicht klar ist, müssen überprüft werden.

Auch bei Medikamenten braucht es Verbesserungen.

Rabattverträge dürfen nicht dazu führen,

dass Ärztinnen, Ärzte und Apotheken ständig nach Ersatz suchen müssen.

Das Medizinstudium soll praxisnäher werden.

Und weniger überladen.

Rheinland-Pfalz soll mehr Studienplätze anbieten.

Zum Beispiel an bestehenden Hochschulen.

Diese Studienplätze sollen mit einer Arbeit im Land verbunden sein.

Gesundheit darf keine Frage des Wohnorts sein.

Wir wollen eine Versorgung, die beim Menschen ankommt.

Mit weniger Bürokratie.

Mit fairer Bezahlung.

Und mit genügend Ärztinnen und Ärzten.

C.3 Ärzte entlasten, Heilmittelerbringer stärken

Viele Menschen arbeiten in wichtigen Heilberufen.

Zum Beispiel Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten.

Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten.

Oder Logopädinnen und Logopäden.

Diese Berufe sind sehr wichtig für unser Gesundheitssystem.

Ohne sie funktioniert gute Versorgung nicht.

Die FREIEN WÄHLER wollen diese Berufe stärken.

Darum fordern wir den direkten Zugang zu Heilberufen.

Menschen sollen bei Bedarf direkt zu diesen Fachkräften gehen können.

Ohne vorher immer eine ärztliche Überweisung zu brauchen.

Das entlastet Arztpraxen.

Und baut Bürokratie ab.

Auch in diesen Berufen fehlen Fachkräfte.

Besonders Nachwuchs.

Darum wollen wir die Anerkennung ausländischer Fachkräfte vereinfachen.

Die Verfahren sollen einheitlich sein.

Und zentral geregelt werden.

So kommen Fachkräfte schneller in den Beruf.

Und die Versorgung wird gesichert.

C.4 Geburtshilfe sichern – Hebammen stärken

Die Versorgung rund um Schwangerschaft und Geburt wird schwieriger.

In Rheinland-Pfalz schließen immer mehr kleine Geburtsstationen.

Der Grund ist oft: Sie rechnen sich finanziell nicht.

Für Familien auf dem Land ist das ein großes Problem.

Die Wege zur nächsten Klinik werden länger.

Das erhöht Risiken.

Vor allem im Notfall.

Die FREIEN WÄHLER wollen das nicht hinnehmen.

Wir setzen uns für Geburtsstationen in der Nähe ein.

Geburtshilfe gehört zur Grundversorgung.

Das Land muss dafür Verantwortung übernehmen.

Auch Hebammen sind sehr wichtig.
Sie begleiten Frauen vor, während und nach der Geburt.
Ohne sie ist gute Versorgung nicht möglich.

Doch viele Hebammen stehen unter Druck.
Es gibt zu viel Bürokratie.
Und sehr hohe Versicherungskosten.
Das bedroht ihre Existenz.

Wir fordern faire Bezahlung für Hebammen.
Und klare, sichere Regeln für ihre Arbeit.

Außerdem wollen wir neue Wege fördern.
Zum Beispiel Geburtshäuser.
Oder Einrichtungen, die von Hebammen geleitet werden.

Rheinland-Pfalz soll zeigen:
Geburtshilfe ist wichtig.
Sie muss überall erreichbar sein.
Und sie muss menschlich bleiben.

C.5 Pflege stärken und alternative Wohnformen fördern

In der Pflege fehlen immer mehr Fachkräfte.
Der Grund ist auch der demografische Wandel.
Viele Menschen werden älter.
Gleichzeitig gibt es zu wenig Nachwuchs.

Die FREIEN WÄHLER wollen neue Wege gehen.
Nicht nur Fachkräfte aus dem Ausland anwerben.
Sondern auch junge Menschen im Land einbinden.

Darum schlagen wir ein soziales Pflichtjahr vor.
Junge Menschen sollen eine Zeit lang
in sozialen Einrichtungen arbeiten.
Zum Beispiel in der Pflege.

Oder in anderen Bereichen, die der Gemeinschaft helfen.

So sammeln sie Erfahrungen.

Und sie unterstützen ein wichtiges System.

Pflegekräfte brauchen bessere Bedingungen.

Dazu gehören faire Bezahlung.

Familienfreundliche Arbeitszeiten.

Und eine starke Vertretung ihrer Interessen.

Wir fördern neue Wohn- und Pflegeformen.

Zum Beispiel Pflege-Wohngemeinschaften.

Mehrgenerationenhäuser.

Oder Pflegebauernhöfe.

Diese Angebote sind nah am Wohnort.

Sie erhöhen die Lebensqualität.

Und sie helfen, Kosten zu senken.

Sie ermöglichen ein würdevolles Altern.

Gute Beispiele gibt es bereits.

Diese wollen wir ausbauen.

Und mit Geld vom Land unterstützen.

Für uns gilt:

Ambulante Pflege hat Vorrang vor stationärer Pflege.

Menschen sollen möglichst lange

selbstbestimmt zu Hause leben können.

Pflegeeinrichtungen sollen entlastet werden.

Weniger Papier.

Mehr digitale Lösungen.

Wir wollen die Dokumentation vereinfachen.

Und Schritt für Schritt digital machen.

Digitale Anwendungen können helfen.

Zum Beispiel Gesundheits-Apps.

Telemedizin.

Oder das elektronische Rezept.

Dabei ist eines besonders wichtig:

Der Schutz der Daten.

Und die Sicherheit der persönlichen Informationen.

C.6 Prävention, Alternsforschung und Gero-Medizin

Gesundheit beginnt nicht erst bei der Behandlung von Krankheiten.

Sie beginnt viel früher.

Mit Vorsorge.

Und mit Wissen über das Älterwerden.

Die FREIEN WÄHLER wollen den Alterungsprozess besser verstehen.

Ziel ist es, Krankheiten zu vermeiden.

Besonders chronische Krankheiten im Alter.

Rheinland-Pfalz soll sich an gemeinsamer Forschung beteiligen.

Zum Thema gesundes Altern.

Auch im Austausch mit anderen Bundesländern.

Wir fordern ein Netzwerk für Altersmedizin.

Darin sollen Kliniken, Forschungseinrichtungen

und Hausarztpraxen zusammenarbeiten.

Wichtig sind auch gute Vorsorgeangebote.

Und moderne Untersuchungsmethoden.

Altersmedizin soll stärker Teil der Ausbildung werden.

Gerade weil unsere Gesellschaft älter wird.

So wollen wir erreichen,
dass Menschen länger gesund bleiben.
Und mehr gute Lebensjahre haben.

C.7 Wohnen ist soziale Gerechtigkeit

Bezahlbarer Wohnraum ist sehr wichtig.

Er ermöglicht Teilhabe.

Er ist wichtig für Familien.

Und für eine gute Lebensqualität.

Doch der Wohnungsbau in Rheinland-Pfalz steckt in einer Krise.

Es werden deutlich weniger Wohnungen gebaut als früher.

Die Gründe sind hohe Baukosten.

Hohe Zinsen.

Und zu viele Vorschriften.

Das trifft besonders junge Familien.
Und Menschen mit mittlerem Einkommen.
Viele suchen eine Wohnung.
Oder wollen für das Alter vorsorgen.

Die FREIEN WÄHLER wollen,
dass Wohnen wieder bezahlbar wird.

Kommunen und Wohnungsgenossenschaften sollen gestärkt werden.
Gleichzeitig sind private Investoren wichtig.
Sie dürfen nicht verdrängt werden.

Wohnraum entsteht,
wenn Menschen bauen und investieren.
Wenn sie Verantwortung übernehmen.

Nicht durch immer neue Regeln.
Und nicht durch zusätzliche Fonds.

So schaffen wir mehr Wohnraum.
Und geben Menschen wieder eine echte Chance auf ein Zuhause.

C.8 Bauen erleichtern statt verhindern

In Rheinland-Pfalz ist die Steuer beim Kauf von Grundstücken und Häusern hoch.
Sie liegt seit vielen Jahren bei 5 Prozent.
Früher war sie deutlich niedriger.

Diese Steuer macht den Kauf von Wohneigentum schwer.
Besonders für Familien.
Und für Menschen, die zum ersten Mal ein Haus oder eine Wohnung kaufen wollen.

Die FREIEN WÄHLER wollen das ändern.
Wir setzen auf Entlastung.
Die Grunderwerbsteuer soll gesenkt werden.
Vor allem für Familien und Erstkäufer.

So wird der Weg ins eigene Zuhause leichter.

Die fehlenden Einnahmen sollen ausgeglichen werden.
Zum Beispiel durch Einsparungen im Landeshaushalt.
Durch weniger Bürokratie.
Und durch mehr Neubau.

Denn wenn mehr gebaut wird,
entstehen auch neue Einnahmen für das Land.

So helfen wir Familien.
Und stärken gleichzeitig den Wohnungsbau.

C.9 Familienpolitik mit Maß und Verantwortung

Familien sind sehr wichtig für unsere Gesellschaft.
Sie geben Halt.
Sie vermitteln Werte.
Und sie sorgen für Zusammenhalt.

Doch viele Familien stehen unter Druck.
Die Lebenshaltungskosten steigen.
Familie und Beruf lassen sich oft schwer vereinbaren.
Viele Förderungen sind kompliziert.
Sie helfen oft nicht richtig im Alltag.

Die FREIEN WÄHLER wollen Familienpolitik neu gestalten.
Pragmatisch.
Alltagstauglich.
Und ohne Ideologie.

Wir wissen:
Großeltern helfen in vielen Familien mit.
Sie betreuen ihre Enkelkinder.
Sie entlasten Eltern.
Und sie leisten viel für die Gemeinschaft.

Darum wollen wir das Enkel-Kinder-Kindergeld einführen.
Großeltern, die regelmäßig betreuen,
sollen dafür eine finanzielle Anerkennung bekommen.

Sie sollen die Hälfte des Kindergeldes erhalten.
Solange sie nachweislich bei der Betreuung helfen.

Finanziert werden soll das gerecht.
Kindergeld soll künftig nur für Kinder gezahlt werden,
die in Deutschland leben
oder sich nachweislich in Ausbildung oder Studium befinden.

Darüber hinaus wollen wir Familien spürbar entlasten.
Betreuungskosten sollen besser von der Steuer absetzbar sein.
Arbeitszeiten sollen flexibler werden.
Und Betreuungsangebote müssen verlässlich sein.
Mit Öffnungszeiten, die zum Berufsalltag passen.

Wir setzen uns dafür ein,
dass Nachweise einfacher werden.
Und dass mehr Betreuungsformen anerkannt werden.

Arbeiten gehen darf kein Nachteil sein.
Besonders nicht für Alleinerziehende.

Alleinerziehende brauchen gezielte Unterstützung.
Zum Beispiel durch höhere Entlastungsbeträge.
Durch einfache Zuschläge für Kinder.
Und durch bessere Hilfe beim Wiedereinstieg in den Beruf.

Familienpolitik mit Maß heißt für uns:
Den Menschen vertrauen.
Ihnen Freiheit lassen.
Und gute Rahmenbedingungen schaffen.

Nicht bevormunden.

Sondern unterstützen.

So stärken wir Familien.

Und damit den Zusammenhalt in unserem Land.

D Wirtschaft, Mittelstand und Arbeit

Eine starke Wirtschaft ist wichtig für unseren Wohlstand.

Sie sichert Arbeitsplätze.

Und sie sorgt für gute Lebensbedingungen.

Rheinland-Pfalz hat eine vielfältige Wirtschaft.

Es gibt große Unternehmen, die weltweit tätig sind.

Es gibt viele mittelständische Betriebe.

Handwerk.

Landwirtschaft.

Weinbau.

Und junge, innovative Start-ups.

Das ist eine große Stärke unseres Landes.

Trotzdem liegt Rheinland-Pfalz im Vergleich mit anderen Bundesländern nur im Mittelfeld.

Das gilt für Investitionen.

Für Wettbewerbsfähigkeit.

Und für Innovation.

Das wollen die FREIEN WÄHLER ändern.

Darum schlagen wir konkrete Maßnahmen vor.

Damit unsere Wirtschaft wieder stärker wird.

Und Rheinland-Pfalz gute Chancen für die Zukunft hat.

D.1 Gründungsstart erleichtern – einfach, digital, fair

In Rheinland-Pfalz gibt es viele gute Ideen für neue Unternehmen.

Doch oft ist Gründen zu kompliziert.

Verfahren dauern zu lange.

Zuständigkeiten sind unklar.

Und es fehlt an Startkapital.

Das bremst Menschen aus,
die ein Unternehmen gründen wollen.

Die FREIEN WÄHLER wollen das ändern.

Unser Ziel ist klar:

Gründen soll einfach sein.

Digital.

Und fair.

Darum wollen wir ein digitales Startkonto einführen.

Das „RLP-Startkonto“.

Über dieses Konto sollen alle Schritte der Gründung möglich sein.

An einem Ort.

Online.

Sicher.

Dort können Gründerinnen und Gründer
ihr Gewerbe anmelden.

Sich bei Kammern registrieren.

Und Förderanträge stellen.

Die Anmeldung soll schnell gehen.

Innerhalb von 48 Stunden.

Mit klaren Fristen.

Und einer verbindlichen Entscheidung.

Außerdem wollen wir Gründerinnen und Gründer finanziell unterstützen.

Ein Mikrokreditprogramm soll helfen.

Bis zu 50.000 Euro.

Unkompliziert.

Und ohne viel Bürokratie.

In den ersten Jahren soll es weniger Aufwand geben.

Weniger Buchhaltung.

Einfachere Regeln.

Und bessere Abschreibungsmöglichkeiten.

Wer gründet, soll sich auf das Geschäft konzentrieren können.

Nicht auf Formulare.

Auch Wissen und Beratung sind wichtig.

Darum wollen wir ein landesweites Gründercoaching.

Mit erfahrenen Mentorinnen und Mentoren.

Und guten Netzwerken.

Zusätzlich soll es ein Gründerstipendium geben.

Für innovative Ideen.

Mit finanzieller Unterstützung.

Und Begleitung.

Ein weiterer Baustein ist ein Investitionsfonds.

Öffentliche und private Mittel sollen gebündelt werden.

So wird der Start leichter.

Die Verwaltung soll vollständig digital arbeiten.

Mit digitalen Akten.

Online-Zahlungen.
Und transparentem Status.

Unser Versprechen ist klar:
In Rheinland-Pfalz soll jede Gründerin
und jeder Gründer
innerhalb von 48 Stunden starten können.
Einfach.
Digital.
Und ohne unnötige Hürden.

D.2 Vergaberecht reformieren

Die FREIEN WÄHLER wollen das Vergaberecht vereinfachen.
Auch kleine Betriebe und Handwerksunternehmen
sollen faire Chancen bei öffentlichen Aufträgen haben.

Darum wollen wir die Grenze für Direktaufträge anheben.
Bis zu 30.000 Euro.
Dabei gelten weiterhin die Regeln der Europäischen Union.
Und die Grundsätze von Transparenz und Fairness.

Öffentliche Aufträge sollen möglichst regional vergeben werden.
So bleibt die Wertschöpfung vor Ort.
Und regionale Betriebe werden gestärkt.

Bei größeren Aufträgen setzen wir auf kleinere Lose.
So können sich auch kleinere Unternehmen bewerben.
Und nicht nur große Firmen.

Wettbewerb und Transparenz sind wichtig.
Das bleibt so.

Aber zu viel Bürokratie darf kein Hindernis sein.

Verfahren sollen nicht blockieren.

Sondern Aufträge ermöglichen.

So schaffen wir faire Bedingungen.

Für Handwerk.

Für Mittelstand.

Und für die Region.

D.3 Handwerk und Mittelstand stärken

Der Mittelstand ist sehr wichtig für unsere Wirtschaft.

Das Handwerk hält unser Land am Laufen.

Die FREIEN WÄHLER wollen das Handwerk stärken.

Die Meisterausbildung soll mehr Anerkennung bekommen.

Berufliche Bildung soll genauso wertvoll sein

wie ein Studium.

Berufsorientierung soll früh beginnen.

Ab der 7. Klasse.

Schülerinnen und Schüler sollen Berufe kennenlernen.

Mit mehr Praxis.

Und mehr Einblick in den Arbeitsalltag.

Wir wollen mehr Geld für Berufs- und Fachschulen.

Und für überbetriebliche Ausbildungsstätten.

Ein landesweites Azubi-Ticket soll bezahlbar sein.

So können junge Menschen ihre Ausbildungsplätze erreichen.

Auch auf dem Land.

Bürokratie belastet Betriebe.

Sie kostet Zeit.

Und Geld.

Darum wollen wir jede neue Regel prüfen.

Neue Vorschriften dürfen Betriebe nicht unnötig belasten.

Wenn eine neue Regel kommt,

muss an anderer Stelle eine Entlastung erfolgen.

So wird Bürokratie wieder alltagstauglich.

Behördengänge für kleine und mittlere Unternehmen

sollen vollständig digital werden.

Vom Antrag bis zum Bescheid.

Schwarzarbeit wollen wir bekämpfen.

Mit gut ausgestatteten Kontrollen.

Förderprogramme sollen einfacher werden.

Ohne komplizierte Anträge.

Und ohne unnötige Nachweise.

Betriebe brauchen Platz zum Arbeiten.

Und schnelle Entscheidungen.

Darum wollen wir mehr passende Gewerbegebäuden.

Und schnellere Genehmigungen.

Große Aufträge sollen in kleinere Teile aufgeteilt werden.

So haben auch kleine Betriebe eine Chance.

Im Bau wollen wir Meister stärker einbinden.

Sie sollen einfacher Bauvorhaben planen dürfen.

Auch digitale Technik soll im Handwerk ankommen.
Wir wollen Förderprogramme für Digitalisierung neu starten.
Beratung ausbauen.
Und schnelles Internet überall verfügbar machen.

So stärken wir den Mittelstand.

Und sichern Arbeitsplätze.

Heute und in Zukunft.

D.4 Technologieförderung stärken – Zukunft sichern

Die FREIEN WÄHLER Rheinland-Pfalz wollen eine Wirtschaft,
die offen für neue Ideen ist.

Und die neue Technik sinnvoll nutzt.

Besonders wichtig sind uns dabei
der Mittelstand,
das Handwerk
und junge Unternehmen.

Diese Betriebe sollen neue Technologien gut nutzen können.
Darum wollen wir regionale Zentren ausbauen,
in denen Unternehmen, Hochschulen und Forschung zusammenarbeiten.
Dort soll es praktische Hilfe geben.
Und Beratung direkt vor Ort.

So bekommen auch kleinere Betriebe Zugang zu neuen Technologien.
Zum Beispiel zu künstlicher Intelligenz.
Zu Automatisierung.
Oder zu umweltfreundlichen Produktionsverfahren.

Zusätzlich wollen wir einfache Förderangebote schaffen.
Zum Beispiel digitale Gutscheine.

Oder feste Ansprechpersonen für Innovation.

Sie helfen beim Einstieg in neue Technik.

Dabei ist uns wichtig:

Es braucht klare Regeln.

Aber auch Freiräume.

Neue Vorschriften sollen geprüft werden.

Sie dürfen Innovation nicht behindern.

In ausgewählten Regionen sollen Unternehmen

neue Technologien testen können.

Mit weniger Bürokratie.

Und klaren Rahmenbedingungen.

Auch private Investitionen sind wichtig.

Der Staat soll sie sinnvoll begleiten.

Zum Beispiel durch Projektförderung

oder durch Absicherung von Risiken.

Denn wer heute in Technik investiert,

sichert Arbeitsplätze.

Stärkt die Wettbewerbsfähigkeit.

Und schafft Wertschöpfung für morgen.

D.5 Wirtschaftsstandort sichern – für eine Zukunft in Rheinland-

Pfalz

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz steht unter Druck.

In den letzten Jahren ist sie geschrumpft.

Besonders die Industrie hat Probleme.

Erst langsam zeigt sich eine leichte Stabilisierung.

Doch die Herausforderungen sind weiter groß.

Dabei ist die Industrie sehr wichtig für unser Land.

Viele Menschen arbeiten in diesem Bereich.

Die Löhne sind gut.

Und die Betriebe sind leistungsfähig.

Doch es gibt große Belastungen.

Energie ist teuer.

Es gibt zu viele Vorschriften.

Und die Nachfrage aus dem Ausland ist schwach.

Wichtige Industrien sind zum Beispiel

Chemie,

Fahrzeugbau

und Maschinenbau.

Ein zentraler Standort ist Ludwigshafen.

Auch dort stehen große Veränderungen an.

Andere Regionen zeigen, was möglich ist.

Zum Beispiel Luxemburg.

Dort ist die Wirtschaft sehr stark.

Viele Menschen pendeln täglich dorthin zur Arbeit.

Für Rheinland-Pfalz heißt das:

Wir müssen attraktiv bleiben.

Für Fachkräfte.

Und für Unternehmen.

Wer nicht bindet, verliert.

Die FREIEN WÄHLER setzen auf eine klare Wirtschaftspolitik.

Machbar.

Und standortstark.

Wir wollen Genehmigungen schneller machen.

Mit festen Fristen.

Mit digitalen Verfahren.

Und mit einer zentralen Anlaufstelle für Unternehmen.

So können Investitionen schneller starten.

Zum Beispiel in Produktion.

In Logistik.

Oder in neue Technologien.

Wir unterstützen die Industrie beim Wandel.

Zum Beispiel bei Energieeinsparung.

Bei neuer Technik.

Und bei klimafreundlichen Lösungen.

Netze müssen ausgebaut werden.

Besonders dort, wo Industrie arbeitet.

Kleine und mittlere Unternehmen sollen entlastet werden.

Vergaben sollen einfacher sein.

Aufträge sollen aufgeteilt werden.

Förderungen sollen digital beantragt werden können.

Auch der Export ist wichtig.

Und die Zusammenarbeit mit Nachbarregionen.

Zum Beispiel mit Luxemburg und den Benelux-Ländern.

So sichern wir Arbeitsplätze und Aufträge.

Bildung und Beruf müssen besser zusammenpassen.

Berufliche Ausbildung soll genauso viel wert sein

wie ein Studium.

Berufsorientierung soll früh beginnen.

Ab der 7. Klasse.

Wir investieren in Ausbildung.

In überbetriebliche Bildungsstätten.

Und in ein landesweites Azubi-Ticket.

So stärken wir den Standort Rheinland-Pfalz.

Für Arbeit.

Für Wirtschaft.

Und für die Zukunft.

E Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Weinbau

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Weinbau gehören zu Rheinland-Pfalz.

Sie prägen unser Land.

Sie sichern Arbeitsplätze.

Sie erhalten die Landschaft.

Und sie versorgen uns mit regionalen Lebensmitteln.

Viele Betriebe werden von Familien geführt.

Diese Betriebe stehen unter großem Druck.

Internationale Handelsketten bestimmen oft die Preise.

Boden wird immer teurer.

Und es gibt zu viele bürokratische Vorgaben.

Das macht die Arbeit für viele Betriebe schwer.

Die FREIEN WÄHLER wollen diese Familienbetriebe stärken.

E.1 Bäuerliche Landwirtschaft und Flächensicherung

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Weinbau gehören zu Rheinland-Pfalz.

Sie prägen unser Land.

Sie sichern Arbeitsplätze.

Sie erhalten die Landschaft.

Und sie versorgen uns mit regionalen Lebensmitteln.

Viele Betriebe werden von Familien geführt.

Diese Betriebe stehen unter großem Druck.

Internationale Handelsketten bestimmen oft die Preise.

Boden wird immer teurer.

Und es gibt zu viele bürokratische Vorgaben.

Das macht die Arbeit für viele Betriebe schwer.

Die FREIEN WÄHLER wollen diese Familienbetriebe stärken.

E.2 Regionale Lebensmittelversorgung stärken

Regionale Produkte sind wichtig.

Sie sind frisch.

Und sie schaffen Wertschöpfung vor Ort.

Die FREIEN WÄHLER setzen sich für faire Preise ein.

Für kurze Wege vom Erzeuger zum Verbraucher.

Wochenmärkte sollen gestärkt werden.

Hofläden.

Und der direkte Verkauf vom Betrieb.

Auch in öffentlichen Einrichtungen sollen mehr regionale Produkte genutzt werden.

Zum Beispiel in Schulen.

In Kitas.

Und in Krankenhäusern.

So unterstützen wir heimische Betriebe.

Und sorgen für gute, regionale Lebensmittel.

E.3 Faire Marktbedingungen schaffen

Große Handelsketten dürfen ihre Macht nicht ausnutzen.

Bäuerliche Betriebe dürfen nicht unter Druck gesetzt werden.

Verträge müssen fair sein.

Zusatzkosten für Regalplätze sollen nicht erlaubt sein.

Und Betriebe dürfen nicht gezwungen werden,

Ware auf eigene Kosten zurückzunehmen.

Die FREIEN WÄHLER wollen Erzeugergemeinschaften stärken.

So können sich Betriebe besser zusammenschließen.

Und ihre Interessen gemeinsam vertreten.

Unfaire Handelspraktiken sollen verboten werden.

Und gesetzlich bestraft werden.

So schützen wir unsere bäuerlichen Betriebe.

Und sorgen für faire Bedingungen im Handel.

E.4 Bürokratie abbauen

Kontrollen und Dokumentation sollen einfacher werden.

Es soll nur so viel kontrolliert werden, wie wirklich nötig ist.

Mehrere Kontrollen sollen zusammengelegt werden.

Daten sollen digital übermittelt werden können.

Mehrfachmeldungen sollen wegfallen.

Digitale Anwendungen müssen helfen.

Sie dürfen keine zusätzliche Arbeit machen.

Sie sollen den Alltag der Betriebe erleichtern.

So sparen Betriebe Zeit.

Und können sich auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren.

E.5 Weidetierhaltung schützen - Wolfspopulation regulieren

Die Zahl der Wölfe nimmt stark zu.

Das ist für viele Weidetierhalter ein großes Problem.

Besonders für Schäferinnen und Schäfer.

Und für Betriebe mit Schafen, Ziegen oder Rindern.

Viele Tiere werden gerissen.

Das bedroht Existenzen.

Und belastet die Arbeit in der Landwirtschaft.

Die FREIEN WÄHLER fordern deshalb ein aktives Wolfsmanagement.

Es braucht klare Regeln.

Und feste Grenzen je nach Region.

Die Wolfspopulation muss regelmäßig beobachtet werden.

Problematische Tiere müssen entnommen werden können.

Der Schutz von Nutztieren hat Vorrang.

Auch die Sicherheit der Menschen ist wichtig.

Wenn Tiere gerissen werden,

muss schnell geholfen werden.

Entschädigungen sollen unbürokratisch erfolgen.

Bei einem begründeten Verdacht

soll zugunsten der Tierhalter entschieden werden.

Nur mit klaren und praktikablen Lösungen

kann Artenschutz mit Landwirtschaft vereinbart werden.

E.6 Praxistauglicher Pflanzenschutz und Düngung

Boden und Wasser müssen geschützt werden.

Das ist wichtig.

Aber pauschale Verbote helfen nicht weiter.

Die FREIEN WÄHLER lehnen starre Regeln ab,
die ohne Rücksicht auf die Praxis gemacht werden.
Vor allem dann,
wenn sie von der EU vorgegeben werden
und nicht zur Situation vor Ort passen.

Zulassungen müssen fair und risikobasiert erfolgen.
Nicht alles ist überall gleich gefährlich.

Auch Regeln zur Düngung müssen zur Region passen.
Böden sind unterschiedlich.
Pflanzen haben unterschiedliche Bedürfnisse.

Landwirtinnen und Landwirte brauchen klare
und verlässliche Rahmenbedingungen.
Nur so können sie ihre Felder richtig versorgen
und gleichzeitig Gewässer schützen.

Es ist falsch, Landwirte pauschal verantwortlich zu machen.
Sie arbeiten täglich mit der Natur.
Und sie haben ein eigenes Interesse daran,
Boden und Wasser zu erhalten.

Umwelt- und Landwirtschaftsschutz
müssen gemeinsam gedacht werden.

E.7 Vielfalt der Landwirtschaft und neue Geschäftsfelder

Die Vielfalt unserer Landwirtschaft ist ein wichtiger Teil unserer Kultur.
Sie gehört zu unserem Erbe.

Die FREIEN WÄHLER wollen unterschiedliche Formen der Bewirtschaftung fördern.
Regionale Produkte und Spezialitäten sollen erhalten bleiben.

Betriebe sollen sich breiter aufstellen können.
Zum Beispiel durch erneuerbare Energien.
Oder durch Angebote im Bereich Urlaub auf dem Bauernhof.

So entstehen zusätzliche Einnahmen.
Und die Betriebe werden widerstandsfähiger.

Auch die Politik auf EU-Ebene muss fair sein.
Die gemeinsame Agrarpolitik darf nicht dazu führen,
dass wir immer weniger Lebensmittel selbst erzeugen.

Höfe müssen erhalten bleiben.
Das Höfesterben darf nicht weiter voranschreiten.

Eine starke Landwirtschaft sichert Versorgung.
Erhält Kultur und Landschaft.
Und stärkt den ländlichen Raum.

E.8 Nachhaltiger Wald und Weinbau

Unsere Wälder müssen gut geschützt und gepflegt werden.
Die FREIEN WÄHLER setzen auf nachhaltige Forstwirtschaft.
Ziel sind stabile Mischwälder,
die besser mit dem Klimawandel umgehen können.

Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sollen dabei Unterstützung bekommen.
Durch gute Beratung.
Und durch einfache, wirksame Förderprogramme.
So gelingt der Umbau zu widerstandsfähigen Wäldern.

Auch der Weinbau ist sehr wichtig für Rheinland-Pfalz.

Er prägt unsere Landschaft.

Und unsere Kultur.

Winzerinnen und Winzer brauchen verlässliche Rahmenbedingungen.

Sie brauchen Unterstützung beim Verkauf ins Ausland.

Gleichzeitig müssen sie geschützt werden.

Vor unfairen Nachteilen durch internationale Handelsabkommen.

So sichern wir Wald und Weinbau.

Für heute.

Und für kommende Generationen.

F Kommunen, Finanzen und Demokratie

F.1 Kommunale Finanzen reformieren – Handlungsfähigkeit sichern

Städte und Gemeinden leisten sehr viel.

Sie kümmern sich um Schulen und Kitas.

Sie erhalten Straßen.

Sie sorgen für Wasser, Abfall und soziale Angebote.

Doch viele Kommunen stehen finanziell unter großem Druck.

Seit Jahren bekommen sie nicht genug Geld vom Land.

Schon vor einigen Jahren hat das höchste Gericht im Land gesagt:

Die Finanzierung der Kommunen ist unfair.

Ihre Aufgaben und Kosten wurden zu niedrig angesetzt.

Doch seitdem hat sich kaum etwas verbessert.

Die Folgen sind gravierend.

Viele Städte und Gemeinden machen hohe Schulden.

Sie verlieren die Möglichkeit zu handeln.

Gleichzeitig hat das Land hohe Überschüsse.

Die FREIEN WÄHLER wollen das ändern.

Wir fordern einen neuen kommunalen Finanzausgleich.

Er muss die tatsächlichen Aufgaben der Kommunen berücksichtigen.

Zum Beispiel soziale Belastungen.

Große Flächen.

Die Altersstruktur der Bevölkerung.

Und den Zustand der Infrastruktur.

Diese Daten sollen regelmäßig erhoben

und offen dargestellt werden.

So wird sichtbar, wo Geld wirklich gebraucht wird.

Ein wichtiger Grundsatz ist für uns:

Wer Aufgaben vorgibt, muss auch bezahlen.

Wenn das Land neue Aufgaben überträgt,

muss es die Kosten vollständig übernehmen.

Steigende Ausgaben dürfen nicht zulasten der Kommunen gehen.

Zum Beispiel durch höhere Energiepreise

oder steigende Löhne.

Auch Entschuldung ist wichtig.

Aber Kommunen müssen trotzdem investieren können.

In Schulen.

In Digitalisierung.

In Mobilität.

Und in die Gesundheitsversorgung.

Zusätzlich wollen wir das Steuersystem einfacher machen.

Heute ist es oft unverständlich.

Viele Kommunen wissen nicht genau,

wie ihr Anteil zustande kommt.

Künftig sollen Städte und Gemeinden
direkt an Steuereinnahmen beteiligt werden.
Sie sollen mitentscheiden können,
wie groß ihr Anteil ist.

Starke Kommunen können mehr investieren.

Schwächere werden weiter unterstützt.

Solidarität bleibt wichtig.

So entsteht ein gerechtes und transparentes System.

Es stärkt die Verantwortung vor Ort.

Und sorgt dafür,

dass Geld dort ankommt, wo es gebraucht wird.

Unser Ziel ist klar:

Kommunen sollen wieder handlungsfähig sein.

Nur starke Städte und Gemeinden

sichern gute Lebensbedingungen

und Vertrauen in den Staat.

F.2 Straßenausbaubeiträge abschaffen – Bürger entlasten, Gerechtigkeit schaffen

In Rheinland-Pfalz müssen Bürgerinnen und Bürger
noch immer für den Ausbau von Straßen bezahlen.

Das nennt man Straßenausbaubeiträge.

Viele andere Bundesländer haben diese Beiträge abgeschafft.

Oder sie werden dort komplett vom Land übernommen.

In Rheinland-Pfalz ist das noch nicht so.

Das ist unfair.

Denn oft bekommen Eigentümer Jahre später hohe Rechnungen.

Manchmal mehrere tausend Euro.

Dabei haben sie den Straßenzustand nicht verursacht.

Und sie konnten über den Ausbau nicht mitentscheiden.

Die FREIEN WÄHLER wollen das ändern.

Wir fordern die vollständige Abschaffung
der Straßenausbaubeiträge im Landesgesetz.

Straßen sind eine öffentliche Aufgabe.

Sie sollen aus Steuergeld bezahlt werden.

Nicht von einzelnen Grundstückseigentümern.

Eigentum darf nicht bestraft werden.

Reveal soll gefördert werden.

Zur schnellen Entlastung schlagen wir eine Übergangslösung vor.

Nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen.

Das Land soll ab 2026 alle Beiträge übernehmen.

Zu 100 Prozent.

Das kostet das Land überschaubar viel Geld.

Andere Bundesländer zeigen:

Das funktioniert gut.

Langfristig soll es eine feste Pauschale geben.
Damit Kommunen ihre Straßen sicher finanzieren können.

Die Finanzierung ist machbar.
Die Kosten sind gering im Vergleich zum Landeshaushalt.

So entlasten wir Bürgerinnen und Bürger.
Schaffen mehr Gerechtigkeit.
Und stärken das Vertrauen in Politik und Staat.

F.3 Bürokratieabbau und Digitalisierung in der Kommune

Zu viel Bürokratie bremst vieles aus.
Sie kostet Zeit.
Und sie frustriert Bürgerinnen und Bürger
sowie die Verwaltung.

Viele Kommunen haben komplizierte Verfahren.
Daten müssen mehrfach eingetragen werden.
Es gibt immer neue Berichtspflichten.

Digitalisierung darf das nicht verschlimmern.
Sie muss helfen.
Sie soll Abläufe einfacher, schneller
und übersichtlicher machen.

Die FREIEN WÄHLER fordern deshalb klare Regeln.
Jede digitale Lösung muss geprüft werden.
Sie muss Arbeit sparen.
Und nicht neue Arbeit schaffen.

Formulare sollen verständlich sein.
Mit klaren Antworten.

Digitale Unterschriften sollen möglich sein.

Daten sollen zwischen Behörden automatisch übertragen werden.

Entscheidungen müssen nachvollziehbar sein.

Es braucht feste Fristen.

Und klare Regeln,

damit Anträge nicht liegen bleiben.

Auch künstliche Intelligenz kann helfen.

Sie kann Routinearbeiten übernehmen.

Zum Beispiel bei Anträgen

oder bei der Bearbeitung von Dokumenten.

So bleibt mehr Zeit für die Menschen.

Für Beratung.

Und für persönlichen Kontakt.

KI ersetzt keine Beschäftigten.

Sie unterstützt sie.

Darum brauchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
gute Schulungen.

Und Zeit zum Lernen.

Auch Ehrenamtliche brauchen Unterstützung.

Zum Beispiel in Vereinen

oder in kommunalen Gremien.

Sie sollen digitale Angebote gut nutzen können.

Mit einfachen Erklärungen.

Und praktischen Hilfen.

Unser Ziel ist eine Verwaltung,

die gut funktioniert.

Digital.

Und trotzdem menschlich.

Modern.

Serviceorientiert.

Und verständlich für alle.

F.4 Sportland Rheinland-Pfalz – Bewegung fördern, Ehrenamt stärken

Sport ist sehr wichtig.

Er bringt Menschen zusammen.

Er hält gesund.

Und er vermittelt Werte wie Fairness und Zusammenhalt.

In Rheinland-Pfalz gibt es viele Sportvereine.

Sie werden von vielen Ehrenamtlichen getragen.

Dieses Engagement ist unbezahltbar.

Damit Sport überall im Land möglich bleibt,

wollen die FREIEN WÄHLER den Sport gut absichern.

Strukturell.

Und finanziell.

Wir setzen uns für eine eigene Abteilung „Sport“ in der Landesverwaltung ein.

Dort sollen alle Förderprogramme gebündelt werden.

Verfahren sollen einfacher werden.

Vereine sollen eine klare Ansprechstelle haben.

Sport muss sichtbar sein.

Und fest in der Politik verankert.

Viele Sportstätten sind alt.

Hallen und Plätze brauchen dringend Sanierung.

Darum fordern wir ein Programm „Sport 2030“.

Es soll Investitionen ermöglichen.

Und langfristig helfen.

Ein digitaler Sportstättenatlas soll zeigen,

wo Sanierungen nötig sind

und welche Fördermittel es gibt.

Auch Schwimmbäder sind wichtig.

Sie gehören zur Grundversorgung.

Alle Kinder sollen schwimmen lernen können.

Das Ehrenamt ist das Herz des Sports.

Trainerinnen und Trainer.

Übungsleiter.

Vereinsvorstände.

Wir wollen sie entlasten.

Mit weniger Bürokratie.

Mit digitaler Vereinsverwaltung.

Und mit höheren Pauschalen für Ehrenamtliche.

Fortbildungen sollen gesichert sein.

Auch Angebote zum Schutz von Kindern und Jugendlichen.

Landesweit.

Und dauerhaft.

Auch Leistung zählt.

Trainer im Leistungs- und Spitzensport

sollen fair bezahlt werden.

Und sichere Perspektiven haben.

Unser Ziel ist ein bewegtes Rheinland-Pfalz.

Ein Land, in dem Sport und Ehrenamt
anerkannt, gefördert
und wertgeschätzt werden.

G Umwelt, Energie und Infrastruktur

G.1 Gemeinsam für den Schutz unserer Flora und Fauna

Der Schutz von Tieren und Pflanzen ist für die FREIEN WÄHLER sehr wichtig.

Wir wollen unsere Natur erhalten.

Für heute.

Und für kommende Generationen.

Dabei stehen wir an der Seite der Forstverwaltung
und der Forstwirtschaft.

Sie leisten täglich wichtige Arbeit.

Gleichzeitig sagen wir klar:

Ohne die Jägerinnen und Jäger geht es nicht.

In Rheinland-Pfalz gibt es viele engagierte Jäger.

Sie helfen, die Natur zu pflegen.

Und sie tragen Verantwortung für Tiere und Wälder.

Umweltschutz braucht Zusammenarbeit.

Und Offenheit.

Gesetze dürfen nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg gemacht werden.

Alle Beteiligten müssen einbezogen werden.

Nur so entstehen gute und praktikable Regeln.

Darum schauen wir genau hin,
wenn neue Gesetze umgesetzt werden.
Wenn nötig, setzen wir uns für Änderungen ein.

Wir lehnen unnötige Zentralisierung ab.
Entscheidungen sollen möglichst vor Ort getroffen werden.
Dort, wo die Menschen die Natur kennen.

Wenn Kompetenzen nach oben verlagert werden,
schadet das oft der Umwelt.
Und überlastet Behörden.

Unsere Wälder brauchen Schutz.
Sie sind mehr als Orte für Freizeit und Erholung.

Der Wald ist ein Lebensraum.
Ein Arbeitsort.
Und ein wichtiger Teil unserer Wirtschaft.

Die Natur braucht Ruhe.
Und Zeit zur Erholung.

Darum unterstützen wir klare Regeln zum Schutz der Wälder.
Und gute Bedingungen für die Forstwirtschaft.

Gleichzeitig sagen wir:
Naturschutz darf nicht als Vorwand
für reine Eigeninteressen missbraucht werden.

Unser Ziel ist ein verantwortungsvoller Umgang mit der Natur.
Mit Respekt.
Mit Augenmaß.

Und mit Beteiligung aller,
die Verantwortung tragen.

G.2 Umweltschutz mit Vernunft

Rheinland-Pfalz soll die Umwelt schützen.
Aber mit Vernunft.
Und mit Blick auf Wirtschaft und Arbeitsplätze.

Der Landtag hat beschlossen:
Rheinland-Pfalz soll sehr früh klimaneutral werden.
Früher als viele andere Länder in Europa.

Das setzt Unternehmen und Kommunen unter großen Druck.
Denn wichtige Voraussetzungen fehlen noch.
Zum Beispiel Stromnetze.
Oder Speicher für Energie.

Die FREIEN WÄHLER sagen:
Erst die Grundlagen schaffen.
Dann neue Pflichten festlegen.

Netze müssen ausgebaut werden.
Genehmigungen müssen schneller gehen.
Energiespeicher müssen verfügbar sein.
Erst dann sind weitere Ziele realistisch.

Viele Unternehmen warnen vor hohen Kosten.
Vor zu vielen Regeln.
Und vor Unsicherheit bei Planung und Investitionen.

Diese Sorgen nehmen wir ernst.

Darum fordern wir eine klare Prüfung bei neuen Maßnahmen.

Jede Maßnahme muss zeigen:

Was kostet sie?

Was bringt sie?

Welche Folgen hat sie für Arbeitsplätze und Preise?

Ohne klare Finanzierung
und ohne erkennbaren Nutzen
darf es keine neuen Pflichten geben.

Unser Grundsatz ist klar:

Umweltschutz ja.

Aber keine Überforderung.

Rheinland-Pfalz soll sich an den Zielen von Bund und Europa orientieren.

Eigene, strengere Ziele nur dann,
wenn die Infrastruktur dafür bereit ist.

So schützen wir das Klima.

Und gleichzeitig Arbeitsplätze.

Und den sozialen Zusammenhalt.

Vernünftig.

Verlässlich.

Und mit Augenmaß.

G.3 Energiepolitik: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Technologieoffenheit

Energie ist sehr wichtig für unsere Wirtschaft.

Ohne Energie funktioniert nichts.

Die FREIEN WÄHLER unterstützen erneuerbare Energien.

Zum Beispiel Windkraft und Solarenergie.

Aber nur, wenn die Versorgung sicher bleibt.

Dazu braucht es gute Stromnetze.

Und genug Speicher für Energie.

Der Ausbau darf nicht schneller sein als die Infrastruktur.

Bezahlbare Energiepreise sind für uns besonders wichtig.

Für private Haushalte.

Und für Unternehmen.

Wir lehnen Experimente ab,

die Energie teurer machen

oder die Versorgung gefährden.

Energiepolitik darf nicht ideologisch sein.

Sie muss zuverlässig sein.

Und wirtschaftlich sinnvoll.

Darum fordern wir weniger Steuern und Abgaben auf Energie.

Netzentgelte müssen fair sein.

Energieintensive Betriebe brauchen gezielte Entlastung.

Sonst sind Arbeitsplätze in Gefahr.

Wir wollen verschiedene Technologien nutzen.

Zum Beispiel Energiespeicher.

Wasserkraft.

Und moderne Gaskraftwerke mit CO₂-Abscheidung.

Ein größeres Energieangebot hilft,

Preise stabil und bezahlbar zu halten.

Auch Bürgerinnen und Bürger sollen mitmachen können.
Energiegenossenschaften
und Bürgerenergieprojekte wollen wir stärken.

Genehmigungen müssen schneller gehen.
Unnötige Hürden lehnen wir ab.

Neue Regeln dürfen kleine und mittlere Betriebe
nicht zusätzlich belasten.
Wenn sie keinen echten Nutzen bringen.

Unsere Unternehmen brauchen
Planungssicherheit.
Entlastung.
Und eine verlässliche Energiepolitik.

So sichern wir Energieversorgung.
Arbeitsplätze.
Und eine gute Zukunft für Rheinland-Pfalz.

G.4 Mobilität und Verkehr

Mobilität ist sehr wichtig.
Sie entscheidet darüber,
ob Menschen zur Arbeit kommen.
Zur Schule.
Zum Arzt.
Oder zu sozialen Angeboten.

Gerade in einem großen Flächenland
wie Rheinland-Pfalz
ist gute Mobilität unverzichtbar.

Doch die Lage ist ernst.

Viele Straßen und Brücken sind in schlechtem Zustand.

Manche sind gesperrt.

Andere nur noch eingeschränkt nutzbar.

Viele Bauwerke sind alt
und dringend sanierungsbedürftig.

Der jahrelange Investitionsstau
gefährdet Mobilität,
Arbeitsplätze
und die Wirtschaft.

Darum setzen die FREIEN WÄHLER klare Prioritäten:

Erhalt und Ausbau von Straßen,
Brücken
und wichtigen Verkehrsverbindungen
haben Vorrang.

Auch Busse und Bahnen sind wichtig.

Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr stärken.

Schienenstrecken wieder nutzbar machen.

Und Busverbindungen auf dem Land verbessern.

Dabei gilt:

Mobilitätspolitik muss realistisch sein.

Nicht ideologisch.

Pauschale Verbote lehnen wir ab.

Mobilität darf nicht durch Zwang eingeschränkt werden.

Ein vollständiger Umstieg auf Elektromobilität

in kurzer Zeit
ist nicht realistisch.
Es fehlen Ladesäulen.
Netze.
Und Rohstoffe.
Das gilt besonders für Unternehmen.

Die FREIEN WÄHLER stehen für Offenheit bei Technologien.
Nicht eine Lösung für alle.
Sondern verschiedene Wege.

Dazu gehören:
Elektromobilität, wo sie sinnvoll ist.
Aber auch synthetische Kraftstoffe.
Wasserstoff.
Und moderne Hybridantriebe.

Kommunen sollen selbst entscheiden können,
wie Mobilität vor Ort gestaltet wird.
Passend zur Region.
Zur Landschaft.
Und zur Wirtschaft.

Radverkehr, Busse, Bahnen
und das Auto
sollen sinnvoll zusammenwirken.
Ohne den Alltag von Pendlern,
Handwerkern
oder Familien unnötig zu erschweren.

Unser Ziel ist klar:
Eine sichere Mobilität.

Bezahlbar.

Und verlässlich.

Mit einem klaren Vorrang
für funktionierende Infrastruktur
und wirtschaftliche Vernunft.

G.5 Infrastruktur und Digitalisierung

Unser Land braucht gute Netze.

Für Strom.

Und für digitale Daten.

Schnelles Internet und guter Mobilfunk
sind heute sehr wichtig.
Ohne sie verliert ein Standort an Attraktivität.

In Rheinland-Pfalz gibt es noch immer Funklöcher.

In Dörfern.

An Straßen.

Und sogar in manchen Gemeinden.

Mancherorts gibt es kaum oder gar kein Netz.

Das darf nicht so bleiben.

Die FREIEN WÄHLER fordern:

Glasfaseranschlüsse für alle Haushalte.

Und flächendeckenden Mobilfunk.

Auch im ländlichen Raum.

Der ländliche Raum darf nicht abgehängt werden.

Förderprogramme müssen schneller wirken.

Die Zusammenarbeit mit privaten Anbietern

muss besser und einfacher werden.

Behörden müssen digital arbeiten können.

Genehmigungen sollen vollständig online möglich sein.

Bauprojekte dürfen nicht
an alten und unnötigen Vorschriften scheitern.

Auch Lade- und Tankstellen
für neue Antriebe sind wichtig.

Aber zuerst braucht es eine stabile digitale Grundlage.

Denn ohne gute Netze
funktioniert moderne Infrastruktur nicht.

G.6 Forschung und Innovation

Klimafreundliche Technik entsteht nicht durch Verbote.

Sie entsteht durch Ideen.

Durch Forschung.

Und durch Unternehmergeist.

Die FREIEN WÄHLER wollen neue Technologien fördern.

Rheinland-Pfalz soll Teil eines Innovationsnetzwerks werden.

In diesem Netzwerk sollen
Universitäten,
Hochschulen
und Unternehmen
zusammenarbeiten.

Der Fokus liegt auf wichtigen Zukunftsthemen.

Zum Beispiel Energieeffizienz.

Energiespeicher.

Kreislaufwirtschaft.

Und widerstandsfähige Infrastruktur.

Wir wollen auch die Ausbildung stärken.

Mehr Ingenieurinnen und Ingenieure.

Mehr Technikerinnen und Techniker.

Außerdem unterstützen wir sogenannte Reallabore.

Dort können neue Technologien getestet werden.

Zum Beispiel Power-to-Gas.

Oder Verfahren zur CO₂-Abscheidung.

So entstehen Innovationen.

Und neue Arbeitsplätze.

Für eine klimafreundliche Zukunft mit Vernunft.

H Wissenschaft, Forschung und Hochschule

Rheinland-Pfalz hat gute Hochschulen,

Universitäten

und Forschungsinstitute.

Sie sind sehr wichtig für die Zukunft unseres Landes.

Sie bilden Fachkräfte aus.

Sie entwickeln neue Ideen.

Und sie treiben Innovation voran.

Für uns FREIE WÄHLER sind drei Dinge besonders wichtig:

Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung.

Eine verlässliche Finanzierung.

Und eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.

Nur wenn diese Grundlagen stimmen,
können Forschung und Lehre erfolgreich sein.
Und nur so bleibt Rheinland-Pfalz
ein starker Standort für Wissen, Arbeit und Zukunft.

H.1 Hochschulstandorte sichern und ausbauen

Rheinland-Pfalz steht vor großen Herausforderungen im Bereich Hochschule und Forschung.

Seit Jahren gibt es weniger Studierende im Land.

Das schwächt Innovation, Wissenschaft
und auch die regionale Wirtschaft.

Viele Hochschulstandorte sind betroffen.

Besonders kleinere Hochschulen verlieren Studierende.

Das gefährdet ihre Zukunft
und ihre Bedeutung für die Region.

Die FREIEN WÄHLER nehmen das ernst.

Wir stehen für eigenständige Hochschulen.
Jede Hochschule soll ein klares Profil haben.
Wir lehnen ein zentrales Einheitsmodell ab,
bei dem alle gleichgemacht werden.

Hochschulen brauchen verlässliches Geld.
Und sie brauchen Anreize für gute Leistungen.
Darum fordern wir eine dauerhafte Grundfinanzierung.
Ergänzt durch Anteile,
die sich an Leistung in Forschung und Lehre orientieren.

Bestimmte Studiengänge sind besonders wichtig für die Zukunft.
Dazu gehören Medizin und Pflege.
Ingenieurwissenschaften.

Informatik und künstliche Intelligenz.

Klimatechnik und Cybersicherheit.

In diesen Bereichen entstehen Arbeitsplätze
und neue Ideen.

Auch die Studienbedingungen müssen besser werden.

Moderne Labore.

Gut ausgestattete Bibliotheken.

Schnelle digitale Netze.

Und mehr Wohnheimplätze für Studierende.

Wir wollen außerdem die Zusammenarbeit stärken.

Mit Nachbarregionen.

Mit Luxemburg.

Und mit internationalen Partnern.

Der Übergang von Schule
zu Ausbildung
und Studium
soll besser begleitet werden.

Unser Ziel ist klar:

Eine starke Hochschullandschaft.

Eigenständig.

Leistungsorientiert.

Und gut vorbereitet auf die Zukunft.

Mit Qualität statt Symbolpolitik.

Und mit klaren Profilen statt Vorgaben von oben.

So bleibt Rheinland-Pfalz

ein attraktiver Ort
für Studium, Forschung
und Innovation.

H.2 Forschungsförderung und Transfer

Neue Ideen entstehen,
wenn Wissenschaft und Wirtschaft zusammenarbeiten.

Die FREIEN WÄHLER wollen diese Zusammenarbeit stärken.
Darum wollen wir Transferzentren ausbauen.
Dort sollen Forschungsergebnisse schnell genutzt werden.
Und zu neuen Produkten werden.

Auch regionale Netzwerke sind wichtig.
Hochschulen und Unternehmen sollen gemeinsam arbeiten.
Vor allem kleine und mittlere Betriebe.
So kommen neue Technologien schneller in die Praxis.

Förderprogramme müssen dabei einfach sein.
Ohne komplizierte Anträge.
Und ohne hohe Hürden.

Auch kleine Betriebe sollen Unterstützung bekommen.
So fördern wir Innovation.
Und stärken die Wirtschaft im ganzen Land.

H.3 Wissenschaftsfreiheit und Nachwuchsförderung

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist sehr wichtig.
Sie ist ein Grundrecht.
Darüber kann man nicht verhandeln.

Die FREIEN WÄHLER lehnen Vorgaben ab,
die aus politischen oder ideologischen Gründen gemacht werden.

Wissenschaft muss frei arbeiten können.

Gleichzeitig brauchen junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bessere Perspektiven.

Es braucht sichere Arbeitsverhältnisse.

Klare und transparente Schritte im Berufsweg.

Und mehr feste Stellen, zum Beispiel Professuren.

Auch finanzielle Unterstützung ist wichtig.

Stipendien sollen talentierte Studierende fördern.

Egal, aus welcher Familie sie kommen.

Familie und Wissenschaft müssen vereinbar sein.

Elternzeit und Teilzeit sollen selbstverständlich sein.

Auch im Hochschul- und Forschungsbereich.

So schaffen wir faire Bedingungen.

Und sichern starke Forschung und gute Lehre für die Zukunft.

H.4 Kooperationen und lebenslanges Lernen

Lernen hört nicht mit dem Studium auf.

Auch im Berufsleben ist Weiterbildung wichtig.

Die FREIEN WÄHLER unterstützen Weiterbildungsangebote an Hochschulen.

Zum Beispiel Studiengänge, die neben dem Beruf möglich sind.

Außerdem wollen wir neue Formen der Zusammenarbeit stärken.

Zwischen Schulen.

Hochschulen.

Und Unternehmen.

So können Wissen und Praxis besser zusammenkommen.

Schülerinnen und Schüler sollen früh für Technik
und Naturwissenschaften begeistert werden.
Dafür wollen wir Schülerlabore ausbauen.
Und spezielle Angebote an Hochschulen fördern.

Auch Lehrkräfte sollen unterstützt werden.
Zum Beispiel durch Kurse an Hochschulen.

MINT-Förderprogramme sollen ausgebaut werden.
Sie helfen jungen Menschen,
Interesse an Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften
und Technik zu entwickeln.

So stärken wir Bildung.
Und sichern Fachkräfte für die Zukunft.

I Kultur und Heimatpflege

Kultur ist mehr als Unterhaltung.
Sie zeigt unsere Geschichte.
Sie prägt unsere Gegenwart.
Und sie steht für Vielfalt.

Gerade in einem großen Flächenland
wie Rheinland-Pfalz
muss Kultur überall erreichbar sein.
Nicht nur in den Städten.

Die FREIEN WÄHLER wollen Kunst und Kultur stärken.
Und sie im ganzen Land sichtbar machen.

Dazu gehört eine gute kulturelle Infrastruktur.

Theater.

Museen.

Kulturelle Orte vor Ort.

So bleibt Kultur lebendig.

Und für alle Menschen zugänglich.

I.1 Kultur für alle

Die FREIEN WÄHLER wollen,

dass Kunst und Kultur für alle Menschen zugänglich sind.

Auch für Menschen mit wenig Geld.

Eintritt in Museen, Theater
und staatliche Einrichtungen
soll frei oder deutlich günstiger sein.
Das ist ein wichtiger Schritt.
Aber er reicht allein nicht aus.

Wir brauchen ein umfassendes Konzept.
Ein Konzept, das Hürden abbaut.
Und neue Besucherinnen und Besucher erreicht.

Kultur soll Menschen ansprechen,
die bisher wenig Zugang hatten.
Und sie soll in allen Regionen stattfinden.
Nicht nur in großen Städten.

Dazu gehört auch ein genauer Blick auf die bestehenden Einrichtungen.
Was gibt es bereits?
Wo fehlt Angebot?

Projekte in strukturschwachen Regionen
sollen gezielt gefördert werden.

So stärken wir Kultur im ganzen Land.
Vielfältig.
Zugänglich.
Und für alle.

I.2 Kulturförderung

Die FREIEN WÄHLER setzen sich für ein eigenes Kulturfördergesetz ein.
Dieses Gesetz soll Kultur dauerhaft absichern.

Kultur darf keine freiwillige Leistung sein.
Sie darf nicht gekürzt werden,
nur weil die Haushaltsslage schwierig ist.

Künstlerinnen und Künstler leisten wichtige Arbeit.
Dieses Engagement soll mehr Anerkennung bekommen.

Wir wollen,
dass Kultur genauso wichtig behandelt wird
wie Sportförderung.
Andere Bundesländer zeigen,
dass das möglich ist.

Auch kommunale Kulturangebote sollen stärker unterstützt werden.
Zum Beispiel Feste, Veranstaltungen oder Ausstellungen vor Ort.

Die Förderung soll transparent sein.
Sie soll sich an der Einwohnerzahl orientieren.
So wird sie fair

und einfacher nachvollziehbar.

In Rheinland-Pfalz gibt es eine große kulturelle Vielfalt.

Dorftheater.

Chöre.

Museen.

Bibliotheken.

Festivals.

Diese Vielfalt wollen wir erhalten.

Förderungen für Kommunen

und ehrenamtliche Kulturarbeit

müssen einfacher werden.

Mit weniger Bürokratie.

Und klaren Regeln.

Ehrenamtliches Engagement ist besonders wichtig.

In Vereinen.

In Musikschulen.

Und in Kulturinitiativen.

Wir wollen dieses Engagement stärken.

Durch finanzielle Unterstützung.

Durch Beratung.

Und durch Anerkennung.

So bleibt Kultur lebendig.

Im ganzen Land.

Und für alle Menschen zugänglich.

I.3 Ehrenamtliches Engagement belohnen

Die Kulturszene in Rheinland-Pfalz lebt vom Ehrenamt.

Ohne freiwilliges Engagement

gäbe es viele kulturelle Angebote nicht.

Ehrenamtliche leisten sehr viel.

Sie investieren Zeit.

Und sie übernehmen Verantwortung.

Dieses Engagement braucht Anerkennung.

Nicht nur Worte.

Sondern spürbare Anerkennung.

Die FREIEN WÄHLER wollen Ehrenamt messbar würdigen.

Zum Beispiel bei der Lebensarbeitszeit.

Wer sich viele Jahre ehrenamtlich engagiert,

soll davon auch persönlich profitieren.

Zum Beispiel durch einen früheren Renteneintritt.

Wer sich etwa zehn Jahre engagiert hat,

könnte ein halbes Jahr früher in Rente gehen.

So zeigen wir:

Ehrenamt ist wertvoll.

Es zählt.

Und es verdient echte Anerkennung.

I.4 Kreativwirtschaft und neue Medien

Rheinland-Pfalz soll ein attraktiver Ort

für Film, Musik und Gaming werden.

Die FREIEN WÄHLER wollen die Kreativwirtschaft stärken.
Gründungen in diesem Bereich sollen einfacher werden.

Die Zusammenarbeit mit Hochschulen
soll ausgebaut werden.
So entstehen neue Ideen
und neue Projekte.

Die Digitalisierung bietet viele Chancen.
Zum Beispiel Podcasts.
Virtuelle Realität.
Oder Streaming-Angebote.

Diese Möglichkeiten wollen wir nutzen.

Junge Talente brauchen Raum.
Sie brauchen Unterstützung.
Und sie brauchen Plattformen,
auf denen sie Neues ausprobieren können.

So fördern wir Kreativität.
Innovation.
Und kulturelle Vielfalt in Rheinland-Pfalz.

I.5 Denkmalschutz und traditionelle Kultur

Historische Gebäude und alte Ortsbilder
gehören zu unserem kulturellen Erbe.
Auch regionale Bräuche sind wichtig.

Die FREIEN WÄHLER wollen dieses Erbe bewahren.
Dazu braucht es einen guten Denkmalschutz.
Und ausreichend Fördermittel.

Bauen und Sanieren müssen praktikabel sein.

Die Vorgaben dürfen Eigentümer
nicht überfordern.

Menschen mit historischen Gebäuden
dürfen nicht allein gelassen werden.

Auch Traditionen sind Teil unserer Identität.

Volksfeste.

Mundart.

Und alte Handwerkskünste.

Sie bereichern unser Zusammenleben.

Und sie sollen Unterstützung bekommen.

So erhalten wir Kultur.

Geschichte.

Und Heimatgefühl.

J Europa und internationale Zusammenarbeit

Rheinland-Pfalz liegt mitten in Europa.

Wir sind ein europäisches Bundesland.

Die europäische Zusammenarbeit hat viel erreicht.

Sie hat Frieden gesichert.

Und Wohlstand geschaffen.

Das ist wichtig.

Und das erkennen wir an.

Gleichzeitig sagen die FREIEN WÄHLER:

Nicht alles muss in Brüssel entschieden werden.

Entscheidungen sollen dort getroffen werden,
wo die Menschen direkt betroffen sind.
Also möglichst nah bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Die Ebene mit der größten Nähe
soll Verantwortung tragen.
So bleibt Politik verständlich.
Und demokratisch.

J.1 Subsidiarität und Demokratie

Die FREIEN WÄHLER stehen zur Europäischen Union.
Aber wir wollen eine EU,
die näher bei den Menschen ist.

Wir wollen eine EU der Regionen.
Und der Bürgerinnen und Bürger.

Regionen sollen stärker mitentscheiden können.
Auch der Landtag in Rheinland-Pfalz
muss bei EU-Vorhaben mehr Mitspracherecht haben.

Zu viele Regeln aus Brüssel machen es schwer.
Vor allem für kleine und mittlere Unternehmen.
Ein Beispiel sind neue Berichtspflichten,
die viel Bürokratie bringen
und wenig Nutzen haben.

Solche Überregulierung lehnen wir ab.

Wir setzen stattdessen auf Vertrauen.
In die Wirtschaft.

In Innovation.

Und in Verantwortung vor Ort.

Wichtig ist für uns das Subsidiaritätsprinzip.

Das heißt:

Entscheidungen sollen möglichst dort getroffen werden,
wo sie die Menschen direkt betreffen.

So bleibt Europa stark.

Bürgernah.

Und handlungsfähig.

J.2 Faires Europa der Wirtschaft und Innovation

Europa soll ein Ort des freien Handels bleiben.

Und des fairen Wettbewerbs.

Die FREIEN WÄHLER wollen,
dass Regeln aus Europa
die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz stärken.
Nicht behindern.

Wichtig ist für uns:

Offenheit für verschiedene Technologien.
Es darf keine einseitigen Verbote geben.

Wir lehnen pauschale Verbote ab.
Zum Beispiel ein generelles Verbot
von Verbrennungsmotoren
in gewerblichen Fahrzeugen.

Europa muss im weltweiten Wettbewerb bestehen können.
Dafür braucht es Investitionen.

In Forschung.
In Digitalisierung.
Und in moderne Infrastruktur.

Auch junge Unternehmen brauchen gute Bedingungen.
Start-ups sollen wachsen können.
Ohne unnötige Hürden.

So bleibt Europa stark.
Innovativ.
Und wirtschaftlich erfolgreich.

J.3 Grenzregion stärken – Wohlstand, Freiheit und Sicherheit in der Großregion

Rheinland-Pfalz liegt mitten in Europa.
Es gehört zur Großregion
mit Luxemburg, Frankreich und Belgien.

Viele Menschen pendeln täglich über die Grenze.
Vor allem nach Luxemburg.
Das bringt Chancen.
Aber auch Probleme.

Zum Beispiel beim Verkehr.
Bei der Suche nach Fachkräften.
Und beim Wohnraum.

Die FREIEN WÄHLER wollen die Grenzregion stärken.
Sie soll ein gemeinsamer Zukunftsraum werden.

Dazu braucht es bessere Verkehrsverbindungen.
Über die Grenze hinweg.

Mit Bus und Bahn.

Und auf der Straße.

Wir wollen ein gemeinsames Grenzverkehrsticket.

Ähnlich wie das Deutschlandticket.

Genehmigungen für neue Bahn-
und Straßenprojekte
müssen schneller gehen.

Außerdem fordern wir ein zentrales Online-Portal
für Grenzpendler.

Dort sollen wichtige Fragen geklärt werden können.

Zum Beispiel zu Steuern.

Sozialversicherung.

Oder Familie.

Auch die Zusammenarbeit der Wirtschaft
soll weiter ausgebaut werden.

Das gilt auch für Energieprojekte.

Gemeinsame Vorhaben zeigen:
Klimaschutz und wirtschaftliche Stärke
passen zusammen.

Rheinland-Pfalz soll sich aktiv beteiligen.

So werden Industrie und Forschung gestärkt.

Europa lebt von Zusammenarbeit.

Nicht von immer mehr Bürokratie.

Wir wollen mehr gemeinsame Projekte.

In Bildung.
Im Schüleraustausch.
In zweisprachigen Angeboten.
Und im Katastrophenschutz.

So entsteht ein Europa der Regionen.
Stark durch Kooperation.
Offen im Denken.
Und wirtschaftlich erfolgreich.

J.4 Subsidiarität statt Überregulierung

Europa braucht Regeln.
Aber es braucht nicht immer mehr Regeln.

Die FREIEN WÄHLER stehen für ein Europa,
das den Menschen und Unternehmen hilft.
Und sie nicht überfordert.

Der europäische Binnenmarkt lebt von Freiheit.
Von Wettbewerb.
Und von Unternehmergeist.
Nicht von Formularen
und immer neuen Berichtspflichten.

Darum fordern wir eine klare Bürokratiebremse in der EU.
Wenn eine neue Regel kommt,
muss eine alte Regel wegfallen.
Bei besonders belastenden Vorgaben
sollen sogar zwei alte Regeln gestrichen werden.

Das muss verbindlich gelten.
Nicht nur als Empfehlung.

Kleine und mittlere Unternehmen
müssen besonders geschützt werden.
Neue EU-Regeln dürfen sie nicht überfordern.
Darum fordern wir einen verpflichtenden KMU-Check.
Er soll sicherstellen,
dass neue Vorschriften praxistauglich sind.

Aktuelle Beispiele zeigen,
wie dringend das ist.
Viele Betriebe werden durch neue EU-Vorgaben stark belastet.
Sie müssen Daten liefern
und Berichte erstellen,
ohne dass der Nutzen klar erkennbar ist.

Solche Regelungen müssen überprüft werden.
Wir fordern klare Grenzen,
einfache Standardformulare
und digitale Lösungen,
bei denen Daten nur einmal eingegeben werden müssen.

Ein wichtiger Grundsatz ist für uns die Subsidiarität.
Das heißt:
Entscheidungen sollen dort getroffen werden,
wo sie am besten verstanden werden.
In den Regionen.
In den Kommunen.
Und in den Betrieben.

Europa soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren.
Auf den Binnenmarkt.
Auf Wettbewerbsfähigkeit.

Auf sichere Energieversorgung.
Auf den Schutz der Außengrenzen.
Und auf Stabilität nach außen.

Nur ein Europa mit Augenmaß
bleibt stark.
Für seine Bürgerinnen und Bürger.
Für seine Unternehmen.
Und für Freiheit und Wohlstand.

K Migration, Integration und Zusammenhalt

Zuwanderung muss fair und klar geregelt sein.
Dabei ist wichtig, zu unterscheiden.

Asyl ist ein Grundrecht.
Politisch verfolgte Menschen haben Anspruch auf Schutz.
Das gilt auch für Menschen mit subsidiärem Schutz.
Darüber gibt es keine Verhandlung.

Arbeitsmigration ist etwas anderes.
Sie muss gesteuert werden.
Nach klaren Regeln.
Und nach Qualifikation.

Unser Grundsatz ist klar:
Wer bleiben darf,
soll gut integriert werden.
Wer nicht bleiben darf,
muss unser Land wieder verlassen.

Besonders wichtig ist die Anwerbung von Fachkräften.
Menschen,

die in unserem Arbeitsmarkt gebraucht werden.

Die Verantwortung übernehmen wollen.

Und sich dauerhaft einbringen.

Wer hier leben möchte,
muss von Anfang an wissen,
was erwartet wird.

Dazu gehört:

Die deutsche Sprache lernen.

Unsere Gesetze respektieren.

Arbeiten wollen

und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Diese Regeln sollen klar festgehalten werden.

In verständlichen Integrationsvereinbarungen.

Andere Länder machen damit gute Erfahrungen.

Unser Rechtsstaat gilt für alle.

Das Grundgesetz steht über

privaten oder religiösen Regeln.

Wer in Rheinland-Pfalz leben möchte,

muss unsere Werte anerkennen.

Und unsere Gesetze einhalten.

So gelingt Zusammenleben.

Fair.

Klar.

Und rechtsstaatlich.

K.1 Rückführungen konsequent durchsetzen – Ausreisepflicht gilt

Wer in Deutschland kein Bleiberecht hat,
muss das Land wieder verlassen.
Das gehört zu einem funktionierenden Rechtsstaat.

Asyl schützt Menschen,
die politisch verfolgt werden.
Das ist wichtig.
Und das bleibt so.

Für Arbeitsmigration gibt es klare Regeln.
Diese Regeln müssen eingehalten werden.

Unser Grundsatz ist klar:
Entscheidungen müssen zügig umgesetzt werden.
Ohne jahrelange Unsicherheit.

Menschen,
die straffällig geworden sind
und ausreisepflichtig sind,
müssen zurückgeführt werden.

Das soll rechtssicher geschehen.
Und menschenwürdig.

Das bestehende Gesetz zur Verbesserung von Rückführungen
muss auch in Rheinland-Pfalz konsequent angewendet werden.
Dazu gehören klare Befugnisse
zur Feststellung der Identität.
Und die Möglichkeit,
Rückführungen wirksam vorzubereiten.

Ausländerbehörden brauchen dafür Unterstützung.

Mehr Personal.

Und bessere digitale Ausstattung.

Auch geeignete Plätze für Abschiebehaft
müssen vorhanden sein,
wenn sie rechtlich notwendig sind.

Wichtig ist außerdem die Zusammenarbeit
mit den Herkunftsstaaten.

Rückführungen müssen möglich sein.

Dazu braucht es verbindliche Absprachen.

Freiwillige Rückkehr hat Vorrang.
Aber nur dann,
wenn die betroffene Person mitarbeitet
und ernsthaft dazu bereit ist.

So setzen wir Recht durch.

Klar.

Verlässlich.

Und im Rahmen unseres Rechtsstaats.

K.2 Ausreisepflicht muss durchgesetzt werden

Wer ausreisepflichtig ist,
muss bei der Rückkehr mitwirken.

Wer das absichtlich verhindert,
muss mit klaren Folgen rechnen.

Dazu gehören Menschen,
die ihre Identität nicht klären wollen.

Oder Abschiebetermine blockieren.

Oder keine Papiere beschaffen.

Die FREIEN WÄHLER fordern dafür klare Regeln.

Leistungen sollen über eine Bezahlkarte ausgezahlt werden.

Für Asylbewerberinnen, Asylbewerber
und geduldete Personen.

Ausnahmen gibt es bei besonderen Härtefällen.

Mit der Bezahlkarte sind bestimmte Dinge nicht möglich.

Zum Beispiel Überweisungen ins Ausland
oder Online-Glücksspiele.

Das macht die Verwaltung einfacher.

Und verhindert Missbrauch.

Wer nicht mitwirkt,
soll nach Prüfung im Einzelfall
keine Geldleistungen mehr erhalten.
Stattdessen gibt es Sachleistungen.

Das heißt:

Unterkunft.

Verpflegung.

Und medizinische Versorgung.

Das Existenzminimum bleibt gesichert.

Zusätzliche Leistungen entfallen.

Außerdem soll es eine räumliche Begrenzung geben.

Ausreisepflichtige Geduldete

sollen sich nur im Landkreis
ihrer Unterbringung aufhalten dürfen.

Ausnahmen gibt es für Arbeit.
Ausbildung.
Oder wichtige Termine bei Behörden.

So bleiben Menschen erreichbar.
Und ein Untertauchen wird verhindert.

Unser Ziel ist klar:
Klare Regeln.
Konsequente Umsetzung.
Und ein handlungsfähiger Rechtsstaat.

K.3 Spurwechsel für echte Integrationsleistung – rechtspolitische Forderung

Gleichzeitig wollen die FREIEN WÄHLER einen fairen Weg
für gut integrierte Menschen schaffen.
Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein.

Menschen, die eigentlich ausreisepflichtig sind,
sich aber nachweislich gut integriert haben,
sollen eine neue Perspektive bekommen.

Wer arbeitet oder eine Ausbildung macht,
die deutsche Sprache beherrscht
und sich an Recht und Gesetz hält,
soll die Möglichkeit haben,
in einen regulären Aufenthalt zu wechseln.

Dafür müssen klare Voraussetzungen erfüllt sein:

Deutschkenntnisse mindestens auf Niveau B1.

Ein fester Job oder eine Ausbildung

seit mindestens 18 Monaten.

Keine Sozialleistungen.

Keine Vorstrafen.

Außerdem müssen Identität und Herkunft geklärt sein.

Eine Sicherheitsprüfung muss bestanden werden.

Und es braucht aktive Mitarbeit

bei der Beschaffung von Papieren.

Der Wechsel soll über ein transparentes Punktesystem erfolgen.

Für alle nachvollziehbar.

Und fair.

Dieser Weg ist eine Anerkennung von Leistung.

Er gilt nur für Menschen,

die sich wirklich eingebracht haben.

Nicht für Personen,

die jahrelang ohne Mitwirkung geduldet wurden.

Andere Länder zeigen,

dass solche Modelle funktionieren.

So verbinden wir Ordnung und Menschlichkeit.

Integration lohnt sich.

Und der Rechtsstaat bleibt klar und verlässlich.

K.4 Kommunale Entlastung durch Koordination und Effizienz

Um Städte und Gemeinden zu entlasten,

wollen die FREIEN WÄHLER ein zentrales Rückführungszentrum im Land schaffen.

Es orientiert sich an guten Beispielen aus anderen Bundesländern.

In diesem Zentrum wird Fachwissen gebündelt.
Dort werden Rückführungen organisiert.
Zum Beispiel durch gemeinsame Flüge.
Auch Gespräche mit Herkunftsstaaten werden dort geführt.
Die Klärung der Identität findet zentral statt.

So werden die kommunalen Ausländerbehörden entlastet.
Sie können sich stärker auf Beratung
und Integration konzentrieren.

Gleichzeitig wollen wir die Arbeit der Behörden digital verbessern.
Alle Ausländerbehörden sollen einheitliche Software nutzen.
Akten sollen vollständig digital geführt werden.
Fristen sollen automatisch überwacht werden.
So gehen keine Verfahren mehr verloren.

Außerdem braucht Rheinland-Pfalz
zentrale Erstaufnahmeeinrichtungen.
Dort sollen mehrere Schritte zusammenkommen.
Ankunft.
Entscheidung.
Und Rückführung.

Alles an einem Ort.

Das beschleunigt Verfahren.
Verhindert, dass Menschen untertauchen.
Und entlastet die Kommunen.

So sorgen wir für klare Abläufe.
Einen handlungsfähigen Staat.

Und faire, rechtsstaatliche Verfahren.

K.5 Integration für Bleibeberechtigte – Fordern und Fördern

Wer in Deutschland anerkannt ist und bleiben darf,

hat Anspruch auf Integration.

Und auch die Pflicht dazu.

Die FREIEN WÄHLER wollen klare Regeln.

Integrationsverträge sollen festhalten,

was der Staat leistet

und was von den Zugewanderten erwartet wird.

Der Staat übernimmt Verantwortung.

Er bietet Deutschkurse ab dem ersten Tag an.

Die Wartezeit soll höchstens zwei Monate betragen.

Anerkannte Personen dürfen sofort arbeiten.

Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive

sollen nach drei Monaten arbeiten dürfen.

Ausländische Abschlüsse sollen schneller anerkannt werden.

Spätestens nach sechs Monaten.

Eltern, die an Integrationskursen teilnehmen,

sollen vorrangig Kita-Plätze bekommen.

Kinder sollen ab dem ersten Tag zur Schule gehen.

Es gibt Beratung und Begleitung.

Zum Beispiel durch Integrationsbeauftragte in den Kommunen.

Gleichzeitig gibt es klare Erwartungen.

Die Teilnahme an Integrationskursen ist verpflichtend.

Wer ohne guten Grund oft fehlt,
muss mit Kürzungen von Leistungen rechnen.

Die deutsche Sprache muss gelernt werden.
Spätestens nach drei Jahren
soll mindestens das Sprachniveau B1 erreicht sein.
Sonst kann das bei einer Verlängerung
des Aufenthaltstitels Probleme geben.

Nach dem Integrationskurs
wird erwartet,
dass Menschen arbeiten
oder eine Ausbildung beginnen.
Wer Arbeit ablehnt,
muss mit Leistungskürzungen rechnen.

Unsere Gesetze gelten für alle.
Das Grundgesetz ist verbindlich.
Straftaten oder verfassungsfeindliches Verhalten
haben Konsequenzen
bis hin zum Verlust des Aufenthaltsrechts.

Integration gelingt vor allem vor Ort.
Viele Menschen helfen ehrenamtlich.
Zum Beispiel in Vereinen,
Kirchengemeinden
oder als Sprachpaten.

Diese Arbeit wollen wir stärken.
Mit festen Ansprechstellen in allen Landkreisen.
Mit finanzieller Unterstützung.
Und mit Schulungen für Ehrenamtliche.

So gelingt Integration.

Mit klaren Regeln.

Mit Unterstützung.

Und mit Engagement aus der Mitte der Gesellschaft.

K.6 Rechtliche Richtschnur: Grundgesetz und Europarecht

Alle Maßnahmen erfolgen im Rahmen der Verfassung.

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Das Existenzminimum ist gesichert.

Das bedeutet:

Unterkunft.

Verpflegung.

Und medizinische Versorgung.

Es bedeutet aber nicht automatisch Geldleistungen
oder freie Beweglichkeit ohne Einschränkung.

Das Grundgesetz gilt uneingeschränkt.

Ebenso das Asylrecht.

Und die internationalen Schutzabkommen
wie die Genfer Flüchtlingskonvention
und die Europäische Menschenrechtskonvention.

Gleichzeitig schauen wir auf andere europäische Länder.

Dort werden Menschlichkeit und Rechtsstaat verbunden.

Zum Beispiel:

klare Integrationsvereinbarungen.

klare Voraussetzungen für Zuwanderung.

und konsequente Rückführungen bei fehlendem Bleiberecht.

Diese Länder zeigen:

Ordnung und Fairness schließen sich nicht aus.

Unser Ansatz ist klar:

Verfahren müssen verständlich sein.

Regeln müssen gelten.

Und Entscheidungen müssen umgesetzt werden.

So stärken wir den Rechtsstaat.

So erhalten wir gesellschaftliche Akzeptanz.

Und so gestalten wir Migration geordnet und fair.

Wer bleiben darf,
wird unterstützt und integriert.

Wer nicht bleiben darf,
muss das Land verlassen.

Das ist nicht hart.

Das ist rechtsstaatlich.

L Zusammenfassung und Ausblick

Dieses Programm ist gemeinsam entstanden.

Es ist das Ergebnis vieler Gespräche
und intensiver Arbeit.

Daran beteiligt waren
die Programmkommission,
die Arbeitsgruppen,
die parlamentarische Gruppe
und viele engagierte Mitglieder an der Basis.

In dem Programm stecken Erfahrungen aus der Praxis.

Aus den Kommunen.

Aus dem Parlament.

Und aus dem täglichen Einsatz vor Ort.

Wir setzen auf starke Städte und Gemeinden.

Auf eine Wirtschaft, die Arbeit schafft.

Auf gute Bildung für alle Kinder.

Auf eine Gesundheitsversorgung,

die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Und auf den Schutz unserer bäuerlichen Betriebe.

Gleichzeitig stehen wir für mehr Mitbestimmung.

Für direkte Demokratie.

Für die Achtung der Grundrechte.

Und für einen klaren Einsatz gegen jede Form von Extremismus.

Die FREIEN WÄHLER wollen Rheinland-Pfalz voranbringen.

Mit gesundem Menschenverstand.

Mit Offenheit für neue Lösungen.

Und mit der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Landtagswahlprogramm
Beschlussfassung vom
Programmpartei 2025
am 22.11.2025 in Bärenbach

FREIE WÄHLER Rheinland-Pfalz
Der Landesvorstand
Friedrich-Mohr-Str. 7
56070 Koblenz

